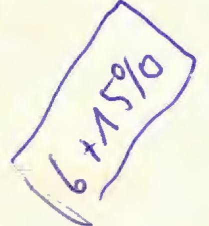


Zeitung aus der Roten Flora
April 1997 + Nummer 58 + umsonst



für das Gute
- gegen das Böse



Schwarzer Hahn
Lensian

Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997

KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser – Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Skorpion
cafe -kneipe -bistro

Beim Grünen Jäger 24
20359 Hamburg
Tel: 439 27 16

Öffnungszeiten: Ab 17.00 Uhr täglich



Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

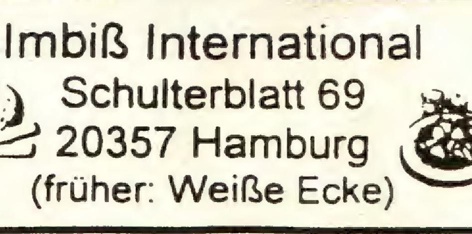


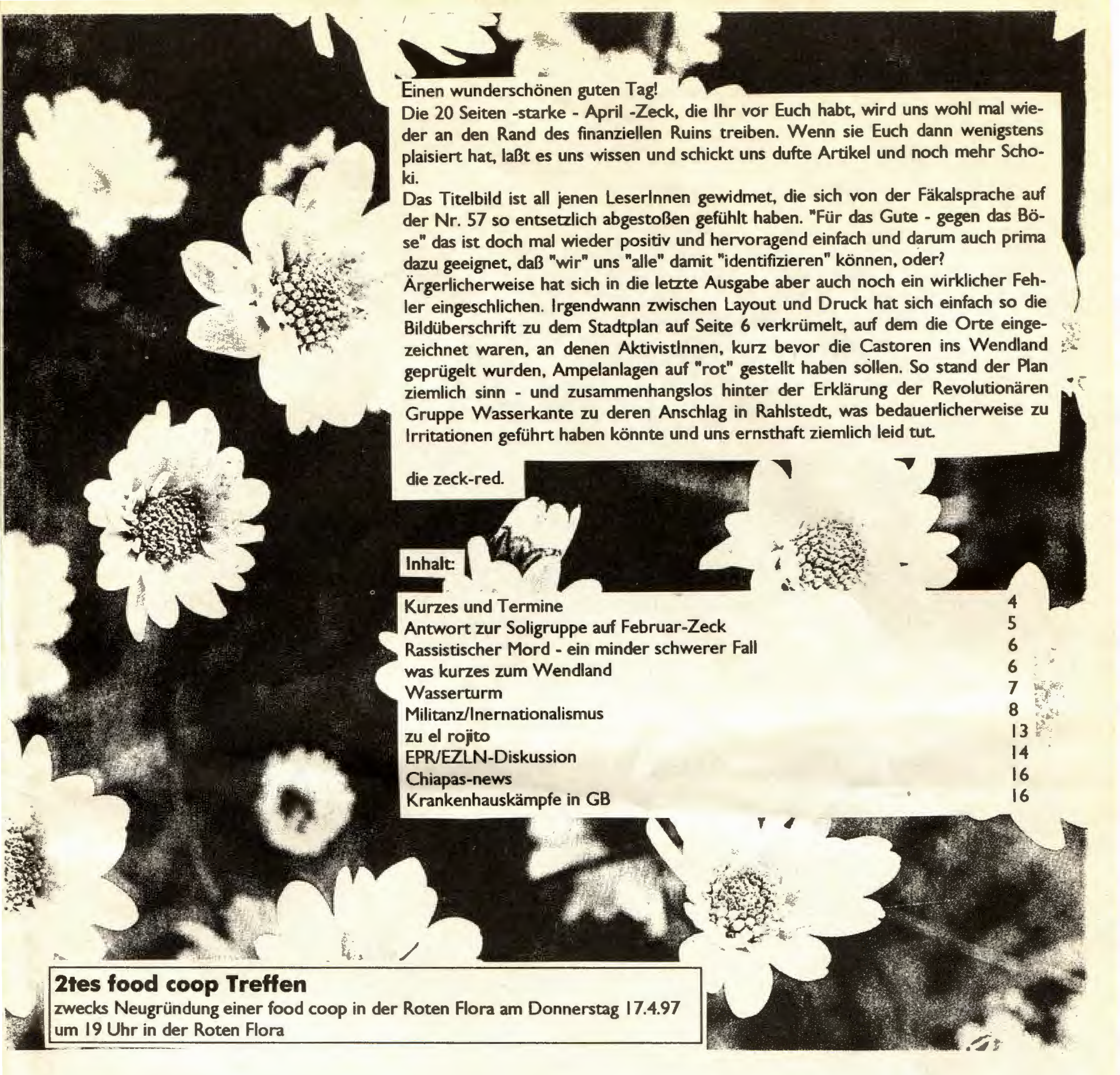
im **FRITZ BAUCH**











Einen wunderschönen guten Tag!
Die 20 Seiten -starke - April -Zeck, die Ihr vor Euch habt, wird uns wohl mal wieder an den Rand des finanziellen Ruins treiben. Wenn sie Euch dann wenigstens plaisiert hat, laßt es uns wissen und schickt uns dufte Artikel und noch mehr Schoki.
Das Titelbild ist all jenen LeserInnen gewidmet, die sich von der Fäkalsprache auf der Nr. 57 so entsetzlich abgestoßen gefühlt haben. "Für das Gute - gegen das Böse" das ist doch mal wieder positiv und hervoragend einfach und darum auch prima dazu geeignet, daß "wir" uns "alle" damit "identifizieren" können, oder?
Ärgerlicherweise hat sich in die letzte Ausgabe aber auch noch ein wirklicher Fehler eingeschlichen. Irgendwann zwischen Layout und Druck hat sich einfach so die Bildüberschrift zu dem Stadtplan auf Seite 6 verkrümelt, auf dem die Orte eingezeichnet waren, an denen AktivistInnen, kurz bevor die Castoren ins Wendland geprügelt wurden, Ampelanlagen auf "rot" gestellt haben sollen. So stand der Plan ziemlich sinn - und zusammenhangslos hinter der Erklärung der Revolutionären Gruppe Wasserkante zu deren Anschlag in Rahlstedt, was bedauerlicherweise zu Irritationen geführt haben könnte und uns ernsthaft ziemlich leid tut.

die zeck-red.

Inhalt:

2tes food coop Treffen
zwecks Neugründung einer food coop in der Roten Flora am Donnerstag 17.4.97 um 19 Uhr in der Roten Flora

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: Nils Holgerssohn, Holländische Reihe 13, 22765 Hamburg

Neues aus dem "radikal"-Verfahren

Das Oberlandesgericht Koblenz hat die Eröffnung des Verfahrens gegen die ersten vier Angeklagten (Werner, Rainer, Ente und Cracker) abgelehnt. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft seien z.T. verjährt (Veröffentlichung von BekennerInnenschreiben in der "radikal"), andere seien wenig stichhaltig, so die Konstruktion einer Zeitung als "kriminelle Vereinigung".
Vielleicht verstand die Staatsanwaltschaft das als Aufforderung, weitere vermeintliche "Beweise" zu sammeln, jedenfalls wurden am 22.3.97 Werner und eine weitere Person festgenommen und ihre Berliner Wohnungen durchsucht, Computer und Disketten wurden beschlagnahmt. Vielleicht saßen die "Fahnder" aber auch lediglich einem Irrtum auf. Die Bundesanwaltschaft verkündete nämlich zunächst, im Auto von Werner seien 680 Exemplare der Frühjahr-radikal gefunden worden. Tatsächlich handelte es sich bei den gefundenen Zeitschriften aber um ein Solidaritätsprojekt, bei dem eine Reihe von Promis von Politikprofessor Elmar Altvater über PDS-Vize Angela Marquardt bis zum taz-Redakteur Gerd Nowakowski und andere als Redaktionsgruppe kriminalisierte Texte der radikal herausgeben.



Drahtzieher im braunen Netz 2

Veranstaltung mit jemandem vom antifaschistischen AutorInnen-Kollektiv
Veranstalterin: Autonome Antifas
Montag, 7.April, 20 Uhr
B-Movie

Hörfunktip
"Irland nach dem IRA-Waffenstillstand"

FSK auf 89.1 MHZ
23.April, 20-21 Uhr

Jutta Ditfurth
Entspannt in die Barbarei
Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus

In ihrem neuesten Buch beschreibt Jutta Ditfurth das Zusammenwachsen der einflußreichen esoterischen Bewegung in der BRD mit einer biologistisch orientierten Massenbasis, bei dem ein Menschenbild propagiert wird, das vom "kosmischen" Untertan bis "Schädling" der Erde reicht; Emanzipation und soziale Gleichheit des Menschen sollen verhindert werden. Es geht u.a. um Gruppierungen und Personen, deren unheilvoller Einfluß gerade auch im Wendland immer deutlicher zu beobachten ist: von Franz Alt, 1995 Gast der BI, über Silvio Gesell, einer der geistigen Väter des wendländischen Talente-Tauschrings bis zu ZEGG, einer Sekte, zu deren Programm Sexismus und Kindesmißbrauch gehört und deren AnhängerInnen im Wendland gegenwärtig verstärkt kritisiert aber auch allzu oft toleriert werden.
Zur Autorin: Jutta Ditfurth war 79/80 Mitbegründerin der Grünen, trat 1991 aus und gründete die Partei der Ökologischen Linken, sie ist Herausgeberin der Zeitschrift Ökolinx.
Lesung und Diskussion:
Mittwoch, d. 9.4.97, 20 Uhr
Cafe Grenzbereiche, Platenlaase
(Wendland)

Erzählte linke politische Geschichte: Die Adenauer-Zeit
Vom politischen Neuanfang nach 45 bis zur Illegalität der KPD

Ende April beginnt das Zentrum "B5" mit einer Veranstaltungsreihe zur (linken) Nachkriegsgeschichte. Im ersten Teil geht es u.a. um die Wiederaufnahme der politischen Arbeit nach der Befreiung vom Faschismus, die Bewegung gegen die Remilitarisierung, um soziale Kämpfe im Hamburg der 50er Jahre und um die illegale Arbeit in der seit 1956 verbotenen KPD. Die Veranstaltungsform besteht aus Kurzreferaten und Geschichten von Zeitzeugen, die auch heute noch in der politischen Bewegung stehen. Fragen und Diskussionen sind erwünscht.
Die Reihe wird mit Veranstaltungen zur linken Politik in den 70er und 80er Jahren fortgesetzt.
B5, Brigittenstraße 5
Dienstag, 29. April, 20 Uhr

Lesung:
Die Rebellion der Habenichtse
Der Kampf um Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas

mit dem mexikanischen Sozialhistoriker Juàn Gonzales Esponda
Im Sommer 1994 besetzten hunderte landloser BäuerInnen - ermutigt durch die zapatistische Aufstandsbewegung - die Plantagen deutscher Kaffeebarone im Süden des mexikanischen Bundesstaates Chiapas. Über die grenzen Mexikos hinaus wurde bekannt, wie die deutschen Kolonisten in Chiapas mittels feudaler Ausbeutungsstrukturen seit Anfang des Jahrhunderts bis heute auf Kosten der Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien ihren Reichtum mehren. Zum ersten Mal in ihrem Leben nahmen die BesetzerInnen das wirtschaftliche und soziale Leben auf den Kaffeepflanzungen in die eigene Hand, diesmal ohne Hungerlöhne oder auch menschenunwürdige Unterbringung in Ställen. Im Frühjahr 1995 gelang es einer Allianz aus Staatspolizei, Großgrundbesitzern und den sogenannten weißen Garden, den Todesschwadronen der Kaffeebarone, die meisten Kaffeefincas mit brutaler militärischer Gewalt zurückzuerobern. Doch die Erfahrung, daß ein leben ohne rassistische Herren und bewaffnete Verwalter möglich ist, kann dem Landproletariat nicht mehr genommen werden.
Die Autoren Boris Kanzleiter und Dirk Pesara werden aus ihrem neuen Buch vorlesen und dazu Dias zeigen.
Juàn Gonzales Esponda wird über die Geschichte und die Perspektiven des bäuerlichen Widerstandes in Chiapas referieren.
Außerdem gibt es einen bericht über die Vorbereitungen zum zweiten intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus, das im Juli in Spanien stattfindet.
Organisiert wird die Veranstaltung in Hamburg von ZAPARES und der FAU, die auch die Boykottkampagne gegen den Kaffee der deutschen Großgrundbesitzer Peters, Schimpf-Hudler und Knoop vorstellen wird.
25. April 97, 19.30 Uhr
im Antifa-Café in der B5
Brigittenstraße 5



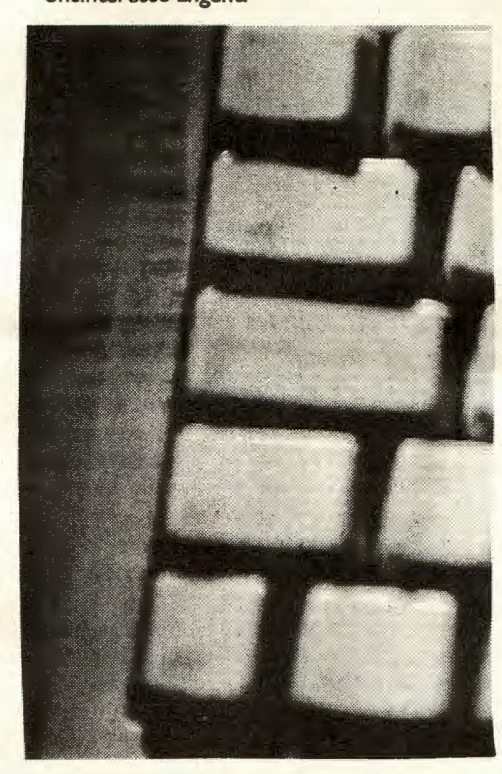
Die Soligruppe antwortet

In dem Artikel "Gegen das Schweigen der Lämmer ..." aus der Februar-Zeck wird uns mangelnde Transparenz in der Soliarbeit und ein hierarchischer Umgang mit Informationen vorgeworfen.

Es ist richtig, daß im letzten halben Jahr so gut wie keine Informationen und Aktivitäten von uns sichtbar geworden sind. Dies zu kritisieren, ist berechtigt. Auch wir wollen diesen Zustand geändert sehen. Wie es hierzu kam, wollen wir in diesem Artikel an Hand der Trouw-Diskussion erklären.

Uns ist wichtig, festzuhalten, daß unser Umgang mit Informationen beim Trouw-Artikel, bei der AIZ-Diskussion und bei der Distanzierung von Michael und Bernhard jeweils eigene Gründe hatte.

Zum Trouw-Artikel:
Als uns im Sommer 1996 der Trouw-Artikel bekannt wurde, waren wir uns schnell einig, daß wir es für politisch verantwortungsvoll und richtig halten, den Artikel so schnell wie möglich - und bevor z.B. der Spiegel ihn zitiert - szeneöffentlich zu machen. Dies aus den gleichen Gründen, wie sie von der Zeck-Redaktion genannt werden.
Problem war, daß der Artikel uns in einer Phase äußerst konträrer Auseinandersetzungen um die Strategien der weiteren Soli-Arbeit innerhalb der bundesweiten Solibewegung erreichte.
Eine Position in dieser Auseinandersetzung vertrat die These, daß im Mittelpunkt der zukünftigen Prozeßarbeit eine Aufarbeitung der Geschichte und Fehler des Projekts "radikal" stehen sollte. Um den Staatsschutzangriff erfolgreich zurückdrängen zu können, sollte die Glaubwürdigkeit und Identität des Projekts "radikal" in den Mittelpunkt der Mobilisierung gestellt werden. Innerhalb dieser Position wurde auch über mögliche Stellungnahmen einzelner Beschuldigter zu den Vorwürfen der BAW diskutiert, wie sie ja auch in dem Trouw-Artikel vorkommen.
Die Gegenposition, die auch unsere war, vertrat, daß Fehler, die von einer Struktur gemacht werden, auch dort diskutiert und aufgearbeitet werden müssen. Die Solidaritäts- und Prozeßarbeit muß unabhängig davon den Staatsschutzangriff zurückschlagen, weil die Solidarität mit dem angegriffen Projekt aus einem grundsätzlichen Verhältnis und nicht aufgrund von Beurteilung von Fehlern hergestellt wird.
Eine Veröffentlichung des Trouw-Artikels hätte zusammen mit einem Kommentar erfolgen sollen. Die bundesweite Solistruktur drohte sich jedoch an den von verschiedenen Städten vorgelegten Begleitkommentaren zu spalten und auch an der Frage, ob überhaupt Veröffentlichung oder nicht. Ein für alle Beteiligten eher schlechter Kompromiß, aber eben überhaupt einer, war nur nach langwierigen Diskussionen zu erreichen: Es wurde vom Bundesweiten Soligruppentreffen ein (Kompromiß-)Papier verabschiedet, das zusammen mit dem Trouw-Artikel in die Info-Läden gegeben werden sollte. So sollte gewährleistet werden, daß alle Gruppen und Personen, die an der Soliarbeit und dem Artikel interessiert sind, Zugang zu ihm bekommen. Eine weitergehende Veröffentlichung der vorliegenden Kritik- bzw. Begleitpapiere oder des Artikels selbst in z.B. Interim oder Zeck sollte nicht erfolgen.
Während der Diskussion, die bis Ende 1996 dauerte, war Forderung einiger Beteiligter, daß der Artikel vor einem gemeinsamen Diskussionsergebnis auf keinen Fall veröffentlicht wird. Hieran haben wir uns zähneknirschend gehalten.
Jetzt liegen der Artikel und das Kompromißpapier zur Einsicht in den Infoläden vor. Natürlich viel zu spät, was Euer Informationsinteresse angeht.



Der Grund für das monatelange Nichtveröffentlichen des Trouw-Artikels bestand also in der Verbindlichkeit gegenüber der bundesweiten Solistruktur.
So bitter es ist, die Diskussion um die dem Streit zugrundeliegenden Differenzen um Prozeßstrategien hat die bundesweite Solistruktur über ein halbes Jahr gelähmt.
Uns geht es jetzt nicht darum, die nötige Diskussion über den Artikel zu deckeln und auch nicht darum, zentralistisch zu bestimmen, welche über was diskutieren.
Wir möchten aber zu bedenken geben, daß eine erneute Eskalation an dieser Frage den gleichen demobilisierenden Effekt in der Szeneöffentlichkeit haben könnte, wie sie ihn in der Soliszene bereits hatte.

Zu der AIZ-Diskussion:
Unsere in der Zeck schon mehrfach angegriffene Position, innerhalb der Soliarbeit nicht über die Politik der AIZ diskutieren zu wollen, sehen wir nicht in dem gleichen Kritikbogen "mangelnde Transparenz etc". Die Redaktion der Zeck und wir werden uns an diesem Punkt nicht mehr einig werden. Die unterschiedlichen Positionen wollen wir hier nicht zum x-ten Mal ausführen, sie sind nachlesbar.

Zur Distanzierung von Michael und Bernhard:
Nach der Veröffentlichung der Solidaritätserklärung von Bernhard zu Mumia Abu Jamal innerhalb der Ausstellung zu den Politischen Gefangenen im März 1996 hatten wir Fragen an die Beiden, insbesondere wie sie den Begriff "muslimische politische Gefangene" für sich definieren. Wir erhielten mehrere Briefe von ihnen, die durch sie explizit nicht zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Die in diesen Briefen von Michael und Bernhard vertretenen Positionen veranlaßten uns zu der Distanzierung. Ob wir Teile aus den Briefen trotz der Bitte, diese nicht zu veröffentlichen, in unserem Distanzierungspapier zitieren sollten, haben wir untereinander kontrovers diskutiert. Ergebnis war, daß wir uns trotz der politischen Distanzierung von den Beiden an ihren Wunsch hielten. Ein Minimum an Respekt gegenüber Menschen im Knast und nach unserem Wissensstand Ex-Genossen war uns letztendlich wichtiger als der verständliche Wunsch nach weitergehender Offenlegung unserer Entscheidungsgrundlage. Wie gesagt, dies war auch unter uns eine schwierige Entscheidung.

Transparenz könnte also nur durch eine Freigabe der betreffenden Briefe durch Michael und Bernhard selber erreicht werden. An dieser Diskussion Interessierte sollten sich also an die Beiden wenden.

Daß die Soliarbeit nun dringend mal auf breitere Füße gestellt werden muß, sehen wir genauso wie die Zeck-Redaktion. Wir möchten deshalb hier zu einer Veranstaltung der Soligruppe am 9.4. einladen. Wir wollen über den Stand der Verfahren berichten, unseren Solidaritätsbegriff zur Diskussion stellen, die bisher geleistete Soliarbeit reflektieren und den Vorschlag der Zeck-Redaktion für ein ein erneutes offenes Plenum aufgreifen. Dort sollte es u.a. um die Vorstellungen für eine weitere Mobilisierung gehen.

Hamburg, März 97
Soligruppe HH



Landgericht Stade: Rassistischer Mord - ein minderschwerer Fall

„Was nicht sein soll, das nicht sein kann!" Dieser Logik folgte auch der zweite Prozeß vor dem Landgericht Stade gegen Wilfried Schubert, einen 56jährigen Ingenieur der Hamburger Umweltbehörde. Dieser hatte im Dezember 1993 den 19jährigen Bolong Jamba im Eilzug Hamburg-Buchholz mit einem „survival"-Messer attackiert. Zuvor hatte Schubert versucht, durch mehrfaches Öffnen des Zugfensters, Jamba aus „seinem" 1. Klasse Abteil, vertreiben, da er sich in belästigt fühlte. Jamba erlitt mehrere tiefe Stichverletzungen im Bauch- und Nackenbereich sowie am Kopf und verstarb noch am selben Tag. Mehrere Monate nach seiner Tat ließ Schubert der Polizei eine schriftliche Einlassung zu kommen, in der er behauptete, Jamba habe ihn angeriffen, er habe Todesangst gehabt und sich nur verteidigt.

Schubert wurde in erster Instanz freigesprochen. Das Gericht sah in der Handlung eine „aktive Revierverteidigung" und folgte den Ausführungen des Angeklagten im entscheidenden Punkt, obwohl es selbst einräumen mußte, daß diese durch AugenzeugInnen weitgehend widerlegt waren. Obwohl Schubert gegenüber Arbeitskollegen Menschen mit dunkler Hautfarbe als „Bimbo" und „Teerpappe" bezeichnete und eigenen Angaben zufolge stets ein Messer trage „wegen der Junkies, Dealer und Schwarzen am Hauptbahnhof" schloß das Gericht einen rassistischen Hintergund aus.

Nach einer von der Nebenklage erstrittenen, erfolgreichen Revision beim BGH, mußte sich Anfang des Jahres erneut das Landgericht Stade mit dem Fall befassen. Zwar sah sich das Gericht gezwungen, Wilfried S. dieses Mal zu verurteilen, hatte der BGH doch klare Vorgaben für die Annahme einer rechtfertigenden Notwehr gestellt. Das Gericht blieb jedoch seiner Linie Treu, die rassistische Gewalt zu leugnen und den Fall zu bagatellisieren.

„Totschlag in einem minder schweren Fall" lautete dann auch das Urteil mit einem Strafmaß von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldbuße von DM 6000 zu zahlen an die Organisation „Ärzte für die 3. Welt", da, so der Vorsitzende Richter Thomsen in der mündlichen Urteilsbegründung „es sich um eine Tat mit auslandbezug handelt"

Auch in dem neuerlichen Urteil ging das Gericht wieder von der Version des Angeklagten aus, Jamba habe angegriffen. Er hätte nach den Provokationen des Deutschen das Abteil verlassen können und so dem weiteren Streit aus dem Weg gehen können. Da er dies unterlassen habe, treffe ihn eine Mitschuld. Paradoxerweise ging das Gericht davon aus, Schubert habe sich, obwohl er es zielgerichtet auf die Messerattacke habe ankommen lassen, in einer „Notwehrsituation" befunden, hätte Jamba jedoch nicht gleich umbringen dürfen, sondern zuerst in die Arme oder Beine stechen müssen.

Jamba war für das Gericht im gesamten Verfahren der „Andere", der angetrunkene Asylbewerber, der „schicksalshaft" in das Leben von Wilfired Schubert eindrang und noch nicht einmal eine Fahrkarte für das 1. Klasse-Abteil besaß. So ist es auch nur folgerichtig, daß das Gericht bereits am zweiten Verhandlungstag die Sprachwendung „der Farbige" als Bezeichnung für den getöteten Bolong Jamba einführte, „um Jamba von Schubert zu unterscheiden". Das Gericht machte deutlich, Jamba ist keiner ihresgleichen. Schutz verdient hingegen der angesehene Familienvater aus Buchholz, dem in psychologischen Gutachten eine „überdurchschnittliche Intelligenz" bescheinigt wurde und bei dem es sich auch nicht um einen springerstiefeltragenden Neonazi handelt von dem man sich eventuell noch distanzieren müßte. Nein, Schubert ist ein ganz normaler deutscher Rassist, einer ihresgleichen, der darauf vertrauen konnte, daß seine RichterInnen sich in seine Situation versetzen, und die „Bedrohung" und „Belästigung", die er seinerzeit durch Jamba empfand, nachvollziehen konnten und sich schützend vor ihn stellen würden. Die Brücke hierfür bauten zwei psychologische Gutachten, die Schubert. eine „zwanghaftschizoide Persönlichkeitsstruktur mit einem Hang zur Rechthaberei" bescheinigten. Auch das niedrige Strafmaß wurde hiermit begründet, außerdem habe Schubert ja noch die Kosten des Verfahrens zu tragen und muß die „soziale Ächtung" als Verurteilter auf sich nehmem.

Last but not least bestätigte die richterliche Bargatellisierung der Ermordung von Bolong Jamba das, was zuvor bereits Nachbarn in einem Interview betreffend des ersten Freispruchs für Schubert zum Ausdruck gebracht hatten: „Wir wollen nicht mit einem Mörder zusammenleben, auch wenn er nur einen Schwarzen erstochen hat".

Karlson

Märztage im Wendland - ein (kurzes) Resümee

„Die 'Anti-Castor-Bewegung' ist ein voller Erfolg. Wann finden unsere Aktionen und durchaus auch z.T. unsere Inhalte solch ein breites Gehör?" - so schrieben wir euphorisch in der letzten Zeck. Das war vor dem Castor-Ransport. Jetzt, einen Monat später, stellt sich die Frage: Wie konnten wir so daneben liegen?

Denn die Spaltung der Bewegung ist vollzogen worden von den selbsternannten "Gewaltfreien" um die Ini "X-Tausend mal quer". Das war nix mehr von dem Gedanken - "verschiedene Aktionsformen. ein Kampf" - sondern nur noch die Trennung in gute "Gewaltfreie" und böse "Autonome". Frei nach dem Motto "bist du nicht gewaltfrei, schlag ich dir den Schädel ein" wurden DemonstrantInnen, die dem Dogma, auf gar keinen Fall irgendwie nach "autonom" (d.h. schwarz gekleidet) auszusehen, angepöbelt, des Platzes verwiesen, nach Waffen durchsucht, aufgefordert ihre Tücher und Sonnenbrillen abzulegen oder gar festgehalten während die Bullen sie verfolgten. Die „Autonomen", bzw. wer dafür gehalten wurde, waren vielfach das Haßobjekt Nr.1, noch vor der Polizei, die nach "X-Tausend"-Lesart ja "eigentlich" auf "unserer" Seite steht und von bösen Politikern "mißbraucht" wird.

Dennoch war der Widerstand gegen den Transport ein Erfolg - mehr und mehr gerät die Atomwirtschaft in Legitimationsdruck. Und wird sich vermutlich aus der Affäre ziehen, indem sie den Müll einfach woanders lagert.

So stellt sich denn akut die Frage, wie aus der Anti-Castor-Bewegung eine Anti-Atomkraft-Bewegung werden und wie der gefährlichen Spaltung rückgängig gemacht werden kann.



Rund um den Schanzenpark herum

Geschichte wird gemacht - und wir kommen nicht mehr hinterher
In diesem Frühjahr wird Baubeginn sein am Wasserturm im Schanzenviertel für das Hotel des Münchener Investors Storr. Vor fünf Jahren hat Storr den Turm gekauft, unter der Bedingung 50% der Fläche öffentlicher Nutzung zur Verfügung zu stellen. Jahrelang lagen die Pläne auf Eis, angeblich war Storr das Geld ausgegangen.
1996 dann fordert Storr plötzlich 100% der Fläche für sein Hotel, der Bezirk und sonstige Behörden stimmen zu, auf Vorschlag von Bezirksamtsleiter Mantell hin erklärt sich Storr bereit eine "Bestechungssumme" von 2 Millionen Mark für soziale Einrichtungen im Viertel zu bezahlen. Mittlerweile ist der Kampf um diesen Topf zwischen verschiedenen Initiative voll entbrannt, die Umwandlung des Turmes wird nur noch von wenigen grundsätzlich kritisiert. Auch die rassistische Praxis der ständigen Polizei-Präsenz im Park, die ausschließlich gegen Schwarze gerichtet ist, wird von (fast) niemandem thematisiert. Im Gegenteil arbeiten einige Initiativen an Konzepten, Schwarze und Dealer zu vertreiben ohne auf die Polizei angewiesen zu sein.

Kurzer Blick zurück:
Im März 96 wird der Verein "Erste Hilfe für die Sternschanze" von AnwohnerInnen gegründet mit dem erklärten Ziel, den Park wieder in den "alten Zustand" (d.h. ohne dealende Schwarze) zu versetzen. Dafür sollen die Spielplätze "abgeschottet", ein Treffpunkt für schwarze Jugendliche und eigene Treffen und Aktivitäten im Park entwickelt werden. Aus diesem Kreis wird das Projekt "SternChance e.V." gegründet, in dem BewohnerInnen, Geschäftsleute und Initiativen zusammenarbeiten. Es soll ein "Treffpunkt SternChance" entstehen; eine Kombination aus Kulturcafe, Seminarhaus und Kommunikationszentrum. Als Standort wird sich um das Norwegerheim (der jetzige Kindergarten) im Park beworben.
Am 19.12.96 wird der Antrag des Bezirksamtsleiters verabschiedet, daß Storr 2 Mio DM für die "Verbesserung der öffentlichen Nutzungen im Sternschanzenpark" bereitstellen soll.
Am 20.12.96 beginnen 20 geladene VertreterInnen von "Erste Hilfe ..." mit dem Bezirksamtsleiter Mantell um das Geld zu feilschen. Mantell hat alleine und persönlich über die Vergabe der Gelder zu entscheiden.
9.1.97 - Auf dem Treffen von "Erste Hilfe ..." reißen Rainer Schmidt von "Palette e.V." (Drogeneinrichtung für Substituierte) und Michael Herrmann (Ex-grüner Lokalmatador, der in der Vergangenheit auch schon mal mittels der MoPo für saubere Bürgersteige in St.Pauli kämpfte) die Sache an sich und forcieren die Bildung von Arbeitsgruppen, die Michael H. einteilt und die innerhalb von sechs Wochen ihre Berichte der "Ersten Hilfe ..." vorlegen sollen. Michael H. vertritt den Standpunkt, die Storr-Millionen zu kassieren und trotzdem gegen den Hotelturm zu arbeiten. Faktisch war von letzterem jedoch in der Folgezeit nicht mehr die Rede, das Konzept den Widerstand einzukaufen scheint aufgegangen zu sein.



Die bisherigen Arbeitsgruppen:

Drogen
TeilnehmerInnen sind AnwohnerInnen, Bullen, Cafe 3, Eimsbüttler Gesundheitsamt, "Palette" und "Fixstern" (Verein für akzeptierende Drogenarbeit). Ideen sind ambulanter Drogenentzug durch Akupunktur, Erweiterung der Öffnungszeiten von Fixstern auf 24 Stunden, Müllbeseitigung am Schanzenbahnhof, Aufklärungsarbeit an Schulen und Kindergärten. Die Bullenpräsenz soll "behutsam vermindert" werden, da ein Park ohne Bullen nur zu massivem Dealen führen würde, was verhindert werden soll. Die eingesetzten Beamten sollen "durch Fortbildung trainiert und durch Supervision betreut" werden.
Mittlerweile sind die Streetworker-Stellen von der Stadt an andere Initiativen vergeben worden und alle aus der tollen AG sind sauer.

Stadtteil
AnwohnerInnen, Politiker, Bullen, Elternschule, Jesuscenter und Freiwillige Feuerwehr Pöseldorf (?!) planen ein "Stadtteilforum", zunächst als "Info-Stelle" im Kiosk am Bahnhofsvorplatz, perspektivisch als "Stadtteilzentrum" im Norwegerheim. Die kids der "AnsprechpartnerInnen" von "SternChance e.V." wollen unterdessen eine Fabriketage für Jugendräume.

Afrika-Zentrum
VertreterInnen verschiedener afrikanischer Verbände (Afrikanische Union, Dachverband, Sokoni) und Michael Herrmann wollen fachliche Beratung und soziale Betreuung aufbauen in Fragen Wohnen, Aufenthalts-, Arbeits- und Ausbildungsrechte (bzw. -verbote), Streetworker für Jugendliche, Workshops, Lehrgänge u.a.
Standort soll die Lederhalle Lagerstraße Ecke Schanzenstraße sein.

So weit so schlecht.
Das Konzept, mittels der Storr-Millionen den Widerstand gegen den Hotelturm kaltzustellen, droht aufzugehen. Um dem entgegenzutreten und unseren Widerstand gegen die Investorenpläne auszudrücken, gehen wir auf die

Wasserturmdemo
Samstag, 12.4.97, 12 Uhr
Sternschanze

außerdem:
Bei Baubeginn treffen wir uns um 18 Uhr an der Sternschanze!!



Militanz – Die ausgeblendete Seite des Internationalismus

Militanz war in den letzten drei Jahrzehnten die ständige Begleiterin der internationalen Solidarität. Sie war Bestandteil der Bewegung gegen den Vietnamkrieg oder der Chile-Solidarität, sie spielte in den 80er Jahren eine Rolle bei Anti-Apartheid-Kampagnen und der gegen den IWF. Sie wurde heftig diskutiert, abgelehnt oder befürwortet, vielleicht auch selbst praktiziert. Im Zusammenwirken mit einer stärkeren linken Bewegung hat sie zumindest zeitweise auch aufgrund besonders spektakulärer Praxisformen das politische Leben in der BRD mitgeprägt. Nicht zuletzt hat Militanz für einige Menschen gravierende Auswirkungen gehabt, sei es, daß sie die eigenen Lebensentwürfe grundsätzlich prägte oder daß sie einige in den Knast brachte und sogar das Leben kostete. Es ist sehr fraglich, ob die RAF ohne internationalistische Anstöße wie die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg überhaupt entstanden wäre, auch bei den Revolutionären Zellen und der Roten Zora war Internationalismus ein wesentliches Moment. Die Bewegung 2. Juni benannte sich nach dem Todestag Benno Ohnesorgs, der 1967 bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien von einem Zivilbullen erschossen wurde. Militanz ist sicher nicht dekkungsgleich mit »bewaffnetem Kampf« oder Stadtguerilla. Wenn es im folgenden mehr um die (internationalistische) Militanz der Stadtguerilla geht, liegt das daran, daß ich die besser kenne und sie exemplarisch für vieles stehen kann.

Bei geschichtlichen Rückblicken und im akademischen Rahmen spielt Militanz höchstens als abstrakte »Gewaltfrage« und Distanzierung von diesen oder jenen Aktionen eine Rolle, aber die Verbindung zur Geschichte der Linken wird gerne ausgeblendet. Tatsächlich ist »Militanz« etwas ganz anderes als »Gewalt«, wenn sie als Teil einer revolutionären – systemumwälzenden – Strategie verstanden und von ihren AkteurInnen sehr bewußt und mit großer Verantwortlichkeit verfolgt wird. Militanter Internationalismus war keine Abwegigkeit, und erste »gewaltsame« Aktionen kamen Anfang der 70er Jahre nicht unvermittelt, denn ihre AkteurInnen hatten ein öffentlich diskutiertes Thema der APO aufgegriffen.

Inzwischen steht es selbst in Gretchen Dutschkes Rudi-Biografie, daß Ende der 60er Jahre von Teilen des SDS Kontakte zu bewaffneten Organisationen wie ETA oder IRA gesucht wurden und daß der italienische Verleger und Internationalist Giacomo Feltrinelli[1] beim Berliner SDS einen Koffer Dynamit ablieferte. Gretchen Dutschke hat nicht geschrieben, wieso Feltrinelli überhaupt auf die Idee kam, mit 20 kg Sprengstoff bei Dutschke, Rabehl und anderen einzulaufen, denn einfach mal Dynamit vorbeibringen tut ja niemand. Der Hintergrund, vor dem so ein Koffer nicht mehr abwegig wirkt, war der kurz zuvor im Februar 1968 zu Ende gegangene Internationale Vietnam-Kongreß. Dort war über die Legitimität von militanten Aktionen und eine »Zerschlagt die NATO«-Kampagne debattiert worden.

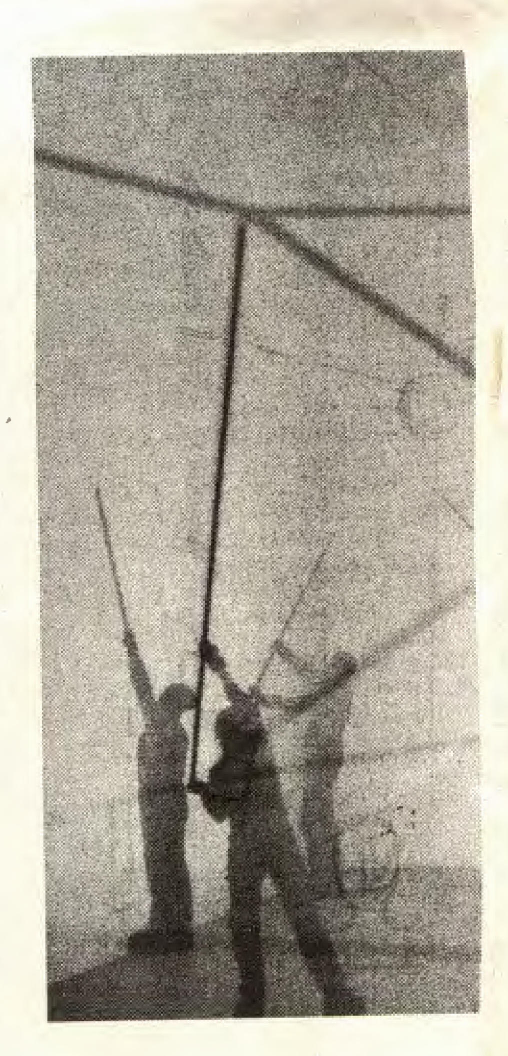
Peter Weiss – der heute eher als Autor von »Die Ästhetik des Widerstands« bekannt ist – sprach in seiner Rede auf dem Kongreß davon, daß sich »die Aufgabe der Organisation des Widerstands in den Metropolen« stelle, und »Ansichten praktisch werden müssen und Handeln wirksam. Dieses Handeln muß zur Sabotage führen, wo immer dies möglich ist. Dies fordert persönliche Entscheidungen. Dies verändert unser privates politisches Leben. Laßt uns den Widerstand entfalten auf breitester Front. (...) Scheuen wir keine Opfer, um eine neue internationale proletarische Solidarität zu schaffen.« Erich Fried sprach sich auf dem Vietnam-Kongreß zwar gegen »Einzelaktionen« aus, aber er warnte davor, daß »Gewaltlosigkeit zu einem absoluten, mystischen Prinzip erhoben wird, zu einem Fetisch«. Sie müsse »revolutionäre Taktik bleiben, abhängig von der jeweils konkreten Situation«.

Der als einer der theoretischen Köpfe des SDS geltende Hans-Jürgen Krahl sagte über die »Zerschlagt die NATO«-Kampagne: »Die innerkapitalistischen Widersprüche zu einer qualitativen Verbreiterung der Massenbasis, zur Bildung einer zweiten Front gegen den Imperialismus in den Metropolen ausbilden! (...) Zwar kann sich in den Metropolen der Kampf nicht als eine unkritische Übertragung der Guerillastrategie darstellen – diese liefert aber ein Modell kompromißlosen Kampfes, von dem die traditionelle Politik der verfestigten Institutionen verurteilt werden kann.« Krahl verlangte »die organisatorischen Bedingungen zu schaffen, daß wir den Kampf gegen die NATO-Stützpunkte in ganz Westeuropa aufnehmen können, daß wir Maßnahmen treffen können gegen den Transport amerikanischen Kriegsmaterials für den Krieg in Vietnam und schließlich Aktionen gegen die Niederlassungen der amerikanischen Rüstungsindustrie in Westeuropa führen werden.« Sein Schlußsatz lautete so: »Es kommt darauf an, in solidarischer Aktion und in konkreter Solidarität mit der revolutionären Befreiungsbewegung in der 3. Welt den gigantischen militärischen und staatlichen Machtapparat in den spätkapitalistischen Ländern zu zerschlagen.«

Rudi Dutschke sagte in seinem Grundsatzreferat: »Wir wagen es schon, den amerikanischen Imperialismus politisch anzugreifen, aber wir haben noch nicht den Willen, mit unserem eigenen Herrschaftsapparat zu brechen, militante Aktionen gegen die Manipulationszentren, z.B. gegen die unmenschliche Maschinerie des Springer-Konzerns, durchzuführen, unmenschliche Kriegsmaschinerie zu vernichten. Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. (...) Laßt uns auch endlich unseren richtigen Kurs beschleunigen. Vietnam kommt näher, in Griechenland beginnen die ersten Einheiten der revolutionären Befreiungsfront zu kämpfen.« Seine bejubelte Rede endete mit dem Ausruf »Es lebe die Weltrevolution und die daraus entstehende freie Gesellschaft freier Individuen!« (Alle Zitate: Internationaler Vietnam-Kongreß).

Mit dem, was etablierte »Alt-68er« heute erzählen und leben, hatte das auf dem Vietnam-Kongreß Diskutierte und Geforderte nichts zu tun.

Um auf den erwähnten Koffer von Feltrinelli zurückzukommen: Bestimmt war der Sprengstoff – so wurde es in den 70er Jahren jedenfalls erzählt – für die Versenkung eines der portugiesischen Kriegsschiffe, die damals BRD-Häfen anliefen, um Waffen und Material für den kolonialistischen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in Angola, Mosambik und die Kapverden zu laden. Aber weil sich die theoretisch und rhetorisch anspruchsvollen, aber völlig unmilitärischen SDS'ler eine solche



Aktion nicht zutrauten, wurde der Sprengstoff nach einigem Hin und Her an Feltrinelli zurückgegeben.

Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, gegen die Springer-Presse und die bürgerliche Justiz gingen nach dem Kongreß weiter, die propagierte »Zerschlagt die NATO«-Kampagne konnte die zerfallende APO allerdings nicht mehr realisieren. Aber aus ihrer Mitte kamen die Linken, die sich in den Jahren nach 1968 um eine quasi militärische Ausbildung kümmerten, die sie oft im Nahen Osten bei der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) oder der Fatah erhalten hatten, und es fanden Aktionen statt, die auf der »Zerschlagt die NATO«-Linie des Kongreßes lagen.[2]

Die RAF, um ein Beispiel zu nehmen, zündete am 11. Mai 1972 eine Autobombe vor dem Hauptquartier der US-Army. In ihrer Erklärung hieß es: »Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, daß es für sie keinen Platz mehr geben wird in der Welt, an dem sie vor Angriffen revolutionärer Guerilla-Einheiten sicher sein können.«

Die abschließenden Parolen lauteten: »Für den Sieg des Vietcong! Die revolutionäre Guerilla aufbauen! Habt Mut zu kämpfen und habt Mut zu siegen! Schafft zwei drei viele Vietnam!« (Texte der RAF, 448)

Warum militanter Internationalismus?

Die Zitate vom Vietnam-Kongreß belegen, daß militanter Internationalismus schon zu Beginn der »neuen Linken« auf der Tagesordnung stand. Die, die damals die »neue Linke« ausmachten, waren Kinder der alten Gesellschaft, der BRD der 50er und 60er Jahre, in der alte Nazis auf wichtigen Posten saßen und kommunistische Organisationen verboten waren. Eine durch und durch autoritäre Gesellschaft; Kinder durften keine Widerworte geben, Anweisungen von Uniformierten war sofort Folge zu leisten, uneheliche Kinder galten als Schande, (Homo-)Sexualität war tabuisiert und einer Doppelmoral unterworfen, Lehrlinge verdienten 90 DM im Monat, und Musik ohne deutsche Texte wurde in den wenigen staatstragenden Sendern fast nicht gespielt. Befreiung setzte einen Bruch mit diesen Verhältnissen voraus, und dieser Bruch mußte sehr gründlich ausfallen, weil sehr wenig Emanzipatorisches in dieser Gesellschaft enthalten war.

Ab 1969 war eine SPD/FDP-Regierung im Amt und begann mit systemimmanenten Modernisierungen; Teile der APO wurden von diesem neuen Reformismus aufgesogen, aber die grundsätzlichen Herrschaftsstrukturen blieben unangetastet. (Besonders gut modernisiert wurden übrigens die staatlichen Sicherheitsorgane, der BKA-Etat vervielfachte sich, und die Bundeswehrwaffen wurden runderneuert.) Die Reform des § 218 war z.B. bereits ein Kompromiß zuungunsten der Frauenforderungen nach Straffreiheit bei Abtreibung und wurde durch das Bundesverfassungsgericht zudem noch weiter eingeschränkt. Die »Sozialpartnerschaft« zwischen Kapital und Gewerkschaften wurde sozialstaatlich eingekauft und so die Ruhe im Produktionsbereich höchstens sporadisch durch wilde Streiks – u.a. von italienischen Arbeitsmigranten – oder rebellische Lehrlinge und JungarbeiterInnen gestört. Die Unterstützung der USA im Vietnamkrieg, die Beteiligung am Kolonialkrieg Portugals in Afrika und die weitgehende Einbindung in die NATO blieben auch unter der SPD/FDP staatliche Politik. Die Opposition gegen das alte System der Nachkriegs-BRD setzte sich als revolutionäre Opposition gegen das modernisierte – sprich: effektivere – System fort.



Die Opposition hatte zwei Seiten, die »kulturrevolutionäre« Veränderung der persönlichen Lebensverhältnisse sollte einhergehen mit dem Angriff auf die politischen Verhältnisse. Die Kommune und der Vietcong, das autonome Jugendzentrum und die Bilder von Che, Marx oder Mao standen für Befreiung. Aber weder die wiederentdeckten kommunistischen »Klassiker« noch die eigenen politischen Organisationen, noch die internationalen Befreiungsbewegungen waren so revolutionär und emanzipatorisch, wie sie damals wirkten. In diesem Beitrag wird davon noch die Rede sein. Auch im militanten Internationalismus waren mehr rückständige Elemente verborgen, als zunächst sichtbar wurden.

Militanz gegen das herrschende System kann ein sehr radikaler Bruch mit dem Alten sein und sie zielt auf die Brüche und Ansatzpunkte in der Gesellschaft. Aber Militanz mit ihren scheinbar eindeutigen Fronten, ihren scheinbar »absolut entschlossenen« AkteurInnen und ihren scheinbar völlig klaren Entscheidungen ist tatsächlich in dem Dschungel der Widersprüche genauso befangen wie jede andere Theorie und Praxis. Die eindeutigen Fronten – und eindeutige Fronten sind wichtig, um zuschlagen zu können – sind nur so lange klar, wie einige liebgewonnene Prämissen über Oben und Unten und Gut und Böse nicht angezweifelt werden. Die scheinbar absolute Entschlossenheit der AkteurInnen ist tatsächlich ein Ergebnis der jeweiligen individuellen Geschichte, die nie »lupenrein revolutionär« sein kann, so lange die AkteurInnen noch in einer alten Gesellschaft aufwachsen und leben mußten. Niemand kann sich durch pure Willensanstrengung von seiner oder ihrer Geschichte befreien, das Innere der Individuen ist von den Verhältnissen geprägt worden und voller Widersprüche. Je nach dem, wie sie verarbeitet werden, fallen die persönlichen Möglichkeiten und Entscheidungen aus.

Zu Beginn der 70er Jahre waren diese Mängel und Grenzen kaum ein Thema, denn Schwächen werden meist nur dann angesprochen, wenn Niederlagen erklärt werden müßen. Erfolge drängen viel weniger nach Erklärungen.

Und die Linke war damals in ihrem Sinne erfolgreich, nicht nur, weil sie zahlenmäßig stärker als heute war. Sie war stärker, weil sie den Rückenwind der Geschichte verspürte und eine sehr grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse in greifbarer Nähe schien. »Revolution« und »weltweite Befreiung« klangen damals überhaupt nicht abwegig. War nicht die Linke in der BRD innerhalb von ein paar Jahren seit 1967 neu entstanden und unglaublich stark gewachsen? War nicht die benachbarte Metropole Frankreich im Pariser Mai 1968 nur knapp an einer Revolution vorbeigesegelt? Hatten die Guerilla auf Cuba, der Vietcong und die antikolonialistischen Bewegungen in Afrika nicht bewiesen, daß der Imperialismus militärisch-politisch besiegbar war? War nicht sogar die Unidad Popular 1970 in Chile durch Wahlen an die Regierung gekommen? Wankten die faschistischen Regime in Spanien, Griechenland und Portugal nicht bereits unter dem Druck der fortschrittlichen Bewegungen?

Im Gegensatz zur Generation der alten KommunistInnen, die sich seit dem KPD-Verbot 1956 nur noch illegal organisieren konnten, und im Gegensatz zu der heutigen Linken kannten wir bis Mitte der 70er Jahre nur das Anwachsen der eigenen Kräfte und die Offensive. Das Überwintern in schwierigen Verhältnissen oder eine Defensive hatten wir nicht gelernt und bis dahin auch nicht nötig gehabt. Seit Ende der 60er Jahre war die Linke weltweit in der Offensive, alle Gedanken und Hoffnungen beruhten darauf, daß es immer weiter

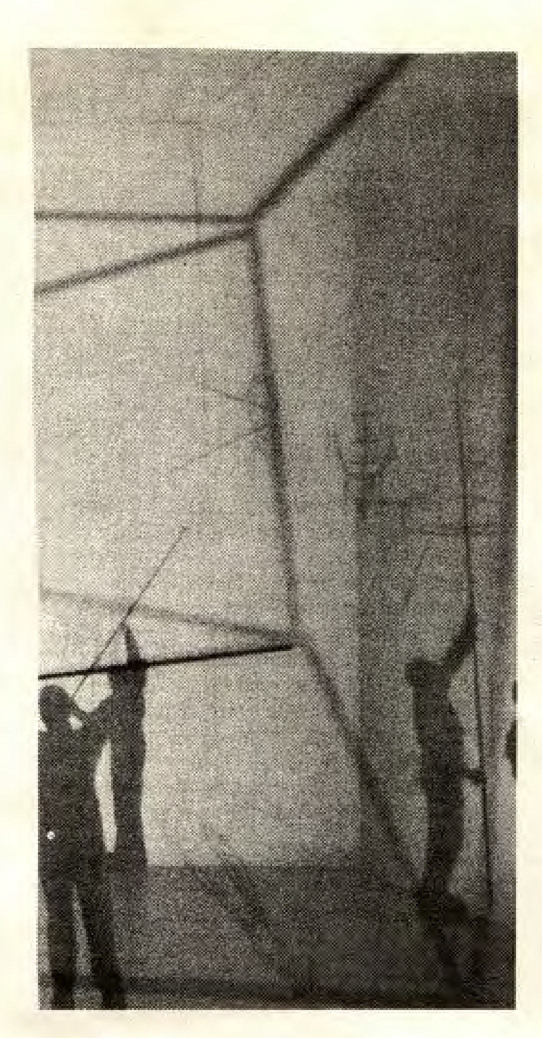
und immer besser geht und der Sieg unausweislich wäre: »Der Imperialismus ist ein Papiertiger«. Selbst wenn er in Chile 1973 noch zurückschlagen konnte – »wir« würden letzten Endes siegen. Es kam nur darauf an, weiterzumachen, sich nicht reformistisch einkaufen zu lassen, die Konfrontation mit den Herrschenden zu verschärfen und den persönlichen Einsatz zu erhöhen. Die Vorstellung zurückweichen zu müssen war unerträglich, weil sie nur als Ende des linken Aufbruchs, also als Niederlage verstanden wurde.

Es ist erklärlich, daß Militanz entsteht, wenn einerseits der Geschichtsoptimismus und der Glaube an eine kommende weltweite Befreiung noch vorhanden sind, aber andererseits die Schwierigkeiten des revolutionären Projektes und die Widerstände der Herrschenden deutlicher werden: Der Geschichtsoptimismus gibt dem persönlichen Risiko einen klaren Sinn, es wird akzeptiert, um das große Ziel der weltweiten Befreiung zu erreichen. Das Erkennen der Schwierigkeiten auf dem Weg zur Befreiung und die Brutalität des Feindes legitimieren die Wahl anderer Mittel, es wird von links aus zu- und zurückgeschlagen.

Es ist auch erklärlich, daß gerade Internationalismus und Militanz ein Bündnis eingingen, als die erhoffte Entwicklung in der BRD ins Stocken geriet und keine revolutionäre Situation wie im Pariser Mai entstand. Ließe sich vielleicht durch größeres persönliches Risiko, effektivere Mittel und ein internationalistisches Bündnis mit den erfolgreicheren Befreiungsbewegungen die »Revolutionierung der Metropole« ermöglichen?

Der Vietnamkrieg hatte die Grausamkeit des Imperialismus überdeutlich gemacht, und seine militärische Organisation in Form der NATO war in der BRD offen vertreten. Zugleich gab es die ersten internationalen Kontakte zu Befreiungsbewegungen, zu ExilchilenInnen, zu vor der Diktatur geflüchteten SpanierInnen, Vertretern der palästinensischen PFLP oder iranischen EmigrantInnen, deren politische Überzeugungen sie zu möglichen Bündnispartnern der internationalistischen BRD-Linken machten. Die Masse der Bevölkerung in der BRD war zwar zur Zeit nicht an revolutionären Veränderungen interessiert, aber wenn »im Herzen der Bestie« eine neue Front eröffnet würde, könnte das imperialistische System im Zusammenwirken mit den antiimperialistischen Kräften der »3.Welt« weltweit in die Zange genommen werden. Sobald es geschwächt wäre, hätten sowohl die Befreiungsbewegungen des Trikont als auch die Linke in der Metropole bessere Chancen.

Ganz so einfach hat es sich natürlich kaum jemand vorgestellt, aber im Kern ging es schon darum, daß kleine, aber militante Kräfte in der Metropole ein internationales Bündnis mit Befreiungsbewegungen versuchten.



Die weißen Flecken

Dieser klassisch antiimperialistische Ansatz hatte einige Gemeinsamkeiten mit den Grundannahmen des »proletarischen Internationalismus« bzw. mit Analysen wie Lenins »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«. Die Arbeiterklasse, der Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung und das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« gegen die imperialistische Ausbeutung standen bei der III. (kommunistischen) Internationale der 20er und 30er Jahre und schon bei den »Klassikern« Marx, Engels, Lenin oder auch Mao im Zentrum. Mit diesen Prämissen ergab sich im linken Denken ein Wahrnehmungsraster und Bewertungssystem, an dem sich jahrzehntelang das Selbstverständnis der Linken mitsamt ihren Aktionen und Argumentationen orientierte.

Auch vor 25 Jahren war es kaum Thema, daß diese Prämissen riesige weiße Flecken hatten, die in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu schweren Fehleinschätzungen und dem Fortbestehen von Unterdrückungen »in den eigenen Reihen« beigetragen hatten: Kämpfe für die Befreiung der Arbeiter machten vor dem scheinbar Privaten der Arbeiter halt, die »proletarische (Klein-)Familie« war das erstrebte Ziel. Nicht-Heterosexuelle wurden entweder ignoriert oder als medizinische Fälle gesehen. Behinderte paßten nicht in die kommunistische Vision vom »neuen Menschen« und sollten eugenisch verhindert werden. Ein über Jahrhunderte von rassistischem Eurozentrismus geprägtes Bewußtsein verleitete selbst »proletarische Internationalisten« dazu, der Eroberung des Trikont gute »zivilisatorische« Seiten abzugewinnen; Rosa Luxemburgs anderslautende Imperialismusanalyse wurde von Lenin und anderen nahezu als Ketzerei verfolgt.

Nicht nur wortwörtlich genommen, auch historisch gesehen war »proletarischer Internationalismus« kein feministischer Internationalismus und kein antirassistischer Internationalismus, und beim »Selbstbestimmungsrecht der Völker« war vom Selbstbestimmungsrecht der Frauen nicht die Rede. Das revolutionäre Subjekt des »proletarischen Internationalismus« sollte die Arbeiterklasse und deren Partei sein, sicher nicht die Frauen oder »unzivilisierte« Schwarze.

Diese weißen Flecken und dieser Eurozentrismus der alten kommunistischen Bewegung haben sich in veränderter Form – mindestens – bis in die 70er Jahre hinein gehalten und auch den Internationalismus und die Militanz beeinflußt. Die deutschen Linken hatten trotz des internationalistischen Anspruchs kaum Kontakte zu ArbeitsmigrantInnen, und Reisen in den Trikont waren vor 25 Jahren viel seltener als heute; ob sie dort überhaupt zu Kontakten mit den Armen führten, ist fraglich. Weil deren Überlebensfragen der eigenen Lebensrealität völlig fremd waren, wirkten Kämpfe in Trikontländern für Metropolenlinke, in derem Bewußtsein das tägliche Auskommen keine überlebensnotwendige Rolle spielen muß, romantischer und revolutionärer, als sie es wirklich waren. Daß Aufstände nicht für die Weltrevolution an sich, sondern aus so profanen Gründen wie Hunger und mit viel diffuseren Zielen stattfinden, paßte nicht in die linken Hoffnungen. Denn hierzulande wurde für die Revolution gekämpft, nicht aus Hunger.

Die patriarchale Tradition des »proletarischen Internationalismus« hatte die besondere Lage und die besonderen Interessen von Frauen von vornherein ausgeblendet, und entsprechend selten kamen Frauen in führende Positionen oder auch nur zu Wort. Solange Patriarchat als »Nebenwiderspruch« im Imperialismus begriffen wurde, ging es um »die Befreiung der Völker« und um »die Befreiung der Menschen«, aber nicht um die Befreiung der Frauen von z.B. der Haus- und Reproduktionsarbeit. Das gilt auch für den Internationalismus der 70er Jahre, Frauen im Trikont wurden wie Leila Khaled gerne als lachende Kalashnikovträgerinnen und Ausnahmeerscheinungen gesehen, aber ihre auch gegen die männlichen Revolutionäre gerichteten Forderungen waren kein Bezugspunkt internationalistischer Solidarität. Entsprechend wurden selbstständige Frauenorganisierungen sowohl in der Metropole als auch im Trikont als überflüssige Spal-

terei verstanden und Gewalt gegen Frauen als Ausrutscher einzelner Männer. Daß die Kämpferinnen der FLN nach der nationalen Unabhängigkeit in die familiäre Unterdrükkung zurückgedrängt wurden, schmälerte die Begeisterung für den algerischen Unabhängigkeitskampf genausowenig, wie die Idealisierung der kubanischen Revolution sich dadurch relativiert hätte, daß ein Revolutionär wie Che den Frauen in der Guerilla nur Botendienste und die Krankenversorgung zugedacht hatte.

Die frühere linke Prämisse, daß Rassismus nur ein simples Instrument der Herrschenden im Klassenkampf sei und kein ureigenes Problem der Arbeiterklasse oder der Linken, führte zu einer verheerenden Unterschätzung der Wirkungskraft von Rassismen in imperialistischen Verhältnissen und in der Metropole selbst. Antirassistische Theorie und Praxis wurde von weißen Linken erst viel zu spät, etwa ab Ende der 8oer Jahre, stärker zur Kenntnis genommen. Antirassismus war bis dahin als Kampf gegen die Apartheidpolitik in Rhodesien oder Südafrika nur ein »Spezialproblem«. Da Rassismus aber nicht als wesentliche eigenständige Unterdrükkungsstruktur begriffen wurde, konnten Kämpfe von Schwarzen nur als ein Unteraspekt von Klassenkampf bewertet werden. Entsprechend unerklärlich blieben die hartnäckigen Schwierigkeiten beim Zusammenkommen von weißen und Schwarzen ArbeiterInnen, die in altem linken Verständnis doch eigentlich alles Proletarier mit an sich identischen Interessen waren. Ohne antirassistische Analysekriterien war auch die Tragweite eines rassistisch organisierten Arbeitssystems, in dem türkische Arbeiter die Müllabfuhr erledigen und deutsche Angestellte die Bankgeschäfte, unklar. Ohne richtige Einschätzung des US-Rassismus wurde an einer Bewegung wie den Black Panthers zwar geschätzt, daß sie gegen die imperialistische Weltmacht kämpften, aber nicht, daß sie sich als Schwarze in einer eigenen Organisation ohne Weiße zusammenschlossen.

Diese Fehler und Versäumnisse haben den Internationalismus in der BRD und die mit ihm verbundene Militanz in, vor und nach den 70er Jahren in Mitleidenschaft gezogen. Einem Teil dieser Fehler und Versäumnisse mag Angst vor der Einsicht in eigene – metropolitane, weiße, männliche – Privilegien zugrunde liegen und Angst vor einem Verlust dieser Privilegien in einer wirklich egalitären Welt. Vielleicht läßt schon die Sorge, daß die mühsam fundierte linke Theorie und Praxis erschüttert werden könnte, Scheuklappen wachsen. Und weil alle Verhältnisse jenseits der mangelhaften linken Wahrnehmung nicht mal registriert wurden, konnten sie erst recht nicht kritisiert oder angegriffen werden.

Entsprechend sah die linke Utopie aus: Hinter dem Begriff des »neuen Menschen«, der durch die Weltrevolution und schon im Kampf für die Revolution entstehen sollte, stand sicher nicht die Vorstellung von einer Frau, von einem Schwarzen oder gar einem Behinderten. Dahinter stand ein leistungsfähiger, gesunder und ziemlich weißer Mann.

Weil Internationalismus eigentlich nur Kapitalismus und Imperialismus ernst nahm und militant bekämpfte, die Bedeutung von Patriarchat und Rassismen aber unterschätzte, sah der Feind, von dem sozusagen nur ein Drittel registriert wurde, schwächer aus, als er wirklich war. Die anderen beiden Drittel stabilisierten ihn auf Ebenen, die von links aus nicht mal angekratzt wurden. Und diesem tatsächlich viel stärkeren Feind standen die beschriebene internationalistische Linke und Befreiungsbewegungen gegenüber, die tatsächlich viel schwächer waren als angenommen. Denn in ihrem Inneren waren die nicht registrierten Unterdrückungsverhältnisse auch vorhanden, was sie unvermeidlich lähmte und oft zu Recht spaltete. Die trikontinentalen Befreiungsbewegungen wirkten revolutionärer, als sie wirklich waren, weil ihr Kampf nicht als Überlebensfrage oder Kampf für einen eigenen Staat, sondern als Revolution für die Weltrevolution (miß)verstanden wurde und alte internationalistische Analyseraster das Patriarchale in diesen Bewegungen nicht erkannten oder erkennen wollten. So dauerte es z.B. zu lange, bis optimistische Einschätzungen der Revolution im Iran auf den Boden der patriarchal-reaktionären Tatsachen zurückfielen. Die fundamentalistische Islamisierung verschiedener nationaler Bewegungen ist nur erklärbar, wenn das Patriarchat als ein Unterdrückungsverhältnis anerkannt wird, das auch in antiimperialistischen Bewegungen fortbesteht.

Perspektiven

Es ist zwar müßig, vergebenen historischen Chancen nachzutrauern, aber an verpaßten Aktionen lassen sich Fehler verdeutlichen: Internationalismus und militante Praxis hätten wahrscheinlich kleinere weiße Flecken aufgewiesen, wenn sie weniger Allianzen mit nationalen Befreiungsbewegungen und mehr Bündnisse mit Basisbewegungen von Frauen und Schwarzen gesucht und unterstützt hätten. Wenn der rassistische Charakter der BRD ernster genommen und schon damals militant thematisiert worden wäre, wären die Pogrome von Rostock und Hoyerswerda weniger überraschend gekommen und die neonazistische Welle hätte besser gekontert werden können. Auch die Diskussionen über Antisemitismus in der Linken sähen heute anders aus, wenn internationalistische Militanz nicht nur die israelische Besatzungspolitik angegriffen hätte, sondern auch die unbehelligt in der BRD lebenden Verantwortlichen für den Holocaust; im Ausland zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher wären in den 70er Jahren noch in jeder Stadt zu finden gewesen. Gegen die USA wären nicht »nur« Aktionen wegen militärischer und ökonomischer Einmischung möglich gewesen, sondern z.B. auch wegen der Massensterilisationen an puertoricanischen Frauen. Ein ganz eigener Aspekt von imperialistischer Herrschaft wäre offenkundiger geworden und hätte neue Perspektiven internationaler Solidarität eröffnen können.

Es wirft ein grelles Licht auf die damalige Stadtguerilla und ihre verpaßten Chancen, daß sie statt dessen ihre internationalistischen Kontakte für Versuche nutzte, mit Flugzeugentführungen gefangene GenossInnen zu befreien.

Möglichkeiten einer anderen militanten internationalistischen Praxis demonstriert z.B. eine Aktion der Roten Zora von 1987, bei der mehrere Filialen der Kleidungsfirma Adler angesteckt wurden. Es gab Schäden durch Löschwasser und vor allem Umsatzeinbußen, aber es keine Verletzten. Der Hintergrund der Aktion war, daß Adler die Kleidung von koreanischen Frauen bei Flair Fashion in einer Freihandelszone zu Billigstlöhnen und unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen, die mit sexuellen Angriffen verknüpft waren, herstellen ließ. Die Arbeiterinnen hatten sich dagegen zur Wehr gesetzt, ihre Protestaktionen waren jedoch von südkoreanischer Polizei niedergeschlagen worden. In der Erklärung zu der Aktion sind – und deswegen habe ich sie als Beispiel für einen besseren Internationalismus ausgesucht – keine weißen Flekken unausgefüllt geblieben. Die Interessen des Kapitals an der Ausbeutung des Trikont und auch die gewisse Teilhabe für die MetropoleneinwohnerInnen werden dargestellt, und die speziellen patriarchal-kapitalistischen Strukturen der Ausbeutung von Frauen in der Metropole und von Frauen im Trikont werden beschrieben. Auch der damit einhergehende Rassismus, der die »schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen« lobt, wird als ein wichtiges Element der Ausbeutung benannt. Es lohnt sich, die Erklärung in den Sammelbänden »Früchte des Zorns« nachzulesen.

Die Aktion hatte zur Folge, daß Adler seine Einkäufe bei Flair Fashion beendete und dieses Nachgeben zum Ärger des BKA auch noch öffentlich kundtat. Im Unterschied zu vielen anderen Aktionen gab es jenseits aller Symbolik also ein reales Ergebnis. Die Argumentation, daß solche Aktionen die Arbeitsplätze der koreanischen Frauen gefährdeten , kann für den Einzelfall zutreffen, langfristig zwingen sie jedoch zu besseren Arbeitsbedingungen, da sonst im Trikont produzierte Waren nicht mehr unbehelligt verkauft werden könnten bzw. die Verluste größer als die Gewinne durch die erbärmlichen Arbeitsbedingungen werden. Das Problem ist eher die fehlende Kontinuität und Breite solcher Kampagnen.

Aus Holland gibt es ein Beispiel von 1987, wo nach einer Serie von Brandanschlägen der »Revolutionären Antirassistischen Aktion« (RARA), die etwa 150 Millionen Gulden Sachschaden bewirkt hatte, eine große Handelsfirma (die SHV-Holding)

den Versicherungsschutz verlor und auch vom Staat keinen Schadensersatz erhielt und deshalb ihre Beteiligungen in Südafrika abstoßen mußte. Daß die SHV nicht mal vom Staat unterstützt wurde, lag an der Unpopularität von Investitionen in Südafrika, also der Wirkung der allgemeinen Anti-Apartheid-Kampagne, in deren Rahmen RARA-Aktionen erst erfolgreich sein konnten.

In den zehn Jahren seither ist die weltweite Schere von Reichtum und Armut noch weiter aufgegangen, imperialistische Militäraktionen haben die Niederlage von Vietnam inzwischen fast vergessen lassen, die Banken verdienen noch mehr, Frauen sehen sich einem patriarchalen Rollback gegenüber, und Rassismen sind, wenn nicht in Südafrika/Azania, so doch fast überall sonst, wieder gewalttätiger geworden.

Wie sollten heute internationalistische Entwicklungsperspektiven aussehen? Schlicht gesagt: antikapitalistisch, antipatriarchal und antirassistisch. Das ist nicht so banal, wie es klingt, denn ein gleichzeitiger Kampf gegen mehrere Unterdrückungsverhältnisse wäre gegenüber dem alten Internationalismus ein großer Fortschritt und würde ein Bewußtsein von der Unteilbarkeit dieser Kämpfe voraussetzen. Hinzu käme der Abschied vom Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken, der Abschied von metropolitanen, weißen und männlichen Privilegien, also ein Ausfüllen der weißen Flecken in der eigenen linken Geschichte.

Die (westdeutsche) Linke hatte in den 70ern oft den Glauben, die Wahrheit ziemlich umfassend gepachtet zu haben, aber Solidarität beruht auf gegenseitigem Respekt, auch auf Respekt vor dem Wissen anderer über Unterdrückungen. Der Begriff der (internationalen) Solidarität wäre neu zu füllen. Nicht mehr die alte männlich-proletarische mit den »Klassenbrüdern«, sondern Solidarität mit denen, auf deren Rücken die eigenen Privilegien aufrechterhalten werden. Von der Orientierung an den eigenen Interessen wäre abzugehen in dem Maße, wie Unterdrückungen, denen die Linke (hierzulande) nicht so sehr ausgesetzt ist, als wichtiger erkannt werden. Der Anspruch auf persönliches Glück wäre an dem der weniger Privilegierten zu messen, der Urlaub auf den Kanaren kann z.B. eher ausfallen als die (finanzielle) internationale Solidarität.

Letztlich wäre eine neue Definition von »links« erforderlich. Eigentlich hat Marx das schon ganz schön getan, nämlich als »das Umwerfen aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« ist. Der Fehler war, daß mit »Mensch« nicht alle Menschen gleichermaßen gemeint waren und mit »allen Verhältnissen« nicht wirklich alle.

Eindeutiger ist ein Satz von Neville Alexander, der programmatisch sein könnte. Über den Kampf gegen Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat schrieb er: »Wenn wir von Befreiungskampf sprechen, meinen wir den Kampf gegen alle diese drei Arten von Unterdrückung. Wir sprechen nicht von drei Stadien oder drei verschiedenen Kämpfen; nein, wir sprechen von einem einzigen Kampf. Freiheit ist unteilbar. Du kannst dich nicht frei nennen, solange noch die eine oder die andere dieser Unterdrückungsformen weiter besteht.«

Zum Abschluß drängt sich die Frage auf, wieso Internationalismus heute schwächer und viel weniger militant ist als in den 70er oder 80er Jahren? Empörung über die offensichtliche Ungerechtigkeit und Ungleichheit zwischen Nord und Süd, zwischen Reichtum und Armut, ist sicher immer noch vorhanden, aber es fehlt der frühere Geschichtsoptimismus, der an zu vielen Katastrophen der Weltgeschichte gebrochen ist. Bereitschaft zu persönlichen Konsequenzen für eine politische Praxis gegen den gesellschaftlichen mainstream entsteht nicht rein rational, sie braucht das Gefühl, den Wind der Geschichte im Rükken zu haben, und die begründete Illusion, siegen zu können.

Heute muß weniger reichen, nämlich die Gewißheit, »Recht zu haben« und etwas Sinnvolles zu tun. Wenn nicht für die Revolution, dann für das Verhindern der Barbarei. Das ist kein kleines Ziel und hält spätere Optionen offen.

Klaus Viehmann

Anmerkungen

1 Bedeutung und Tod Feltrinellis hat Nanni Balestrini in seinem Roman »Der Verleger« beschrieben.

2 Vgl. hierzu das »Nachwort (1987)« von Theo Bruns in: Internationaler Vietnam-Kongreß

Literatur

Neville Alexander, Wer Wind sät, wird Sturm ernten. ISP Verlag, Frankfurt a.M. 1986
Internationaler Vietnam-Kongreß – Februar 1968 West-Berlin. VLA, Reprint Hamburg 1987
Nanni Balestrini: Der Verleger. VLA, Hamburg 1992
Die Früchte des Zorns. Edition ID-Archiv, Berlin 1993
Texte der RAF. 1983

Aus dem Sammelband:

Tarzan - was nun? –
Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche
Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg
März 1997
272 Seiten, 28 DM



„Das Gedächtnis ist eine gute Tasche; aber sie reißt, wenn wir zuviel hineinstopfen."

Auf den Rat von el rojito, nämlich nicht zu vergessen, will ich hier meine Zeit in der Gruppe Revue passieren lassen. Besonders das letzte öffentliche Papier der Gruppe (Vorwärts - und nicht vergessen...) steht unbeantwortet, obwohl in der Zeck Nov. 96 abgedruckt, im Raum. Dabei frage ich mich gerade in welchem Raum; wen erreicht die Zeck eigentlich?
Die Ankündigung, sich nicht mehr ausschließlich mit dem Patriarchatsthema zu beschäftigen, kommt nicht überraschend. Nur hatten wir uns nicht mit dem Thema konkret befaßt, geschweige denn ausschließlich. Die Einschätzung, daß wir als Gruppe das Thema nicht bearbeiten -auch in Zukunft nicht - war Grund meines Austritts im Jan. 96.
Für mich war es keine wirkliche Bearbeitung, denn wir haben uns nicht zeitlich zusammenhängend und inhaltlich vorbereitet in die Thematik vertieft. Auseinandersetzung in der Gruppe hieß vor allem, mit dem vorhandenen Halbwissen, (Vor-) Urteilen und Normen auf den wöchentlichen Plena diskutierend und streitend, sich auszutauschen.
Was innerhalb des vergangenen Jahres an Erkenntnissen über das Thema gewonnen sein soll, läßt sich nur mutmaßen. Es drang nichts aus der Gruppe, was thematisch genauer wurde. Was hat die Diskussion um „'die gesellschaftliche Dimension von Vergewaltigung' und 'Vergewaltigung als extremste Form der Männergewalt'" gebracht? Wie in der Mitteilung von Nov. 96 festgestellt wird, hatten wir damit begonnen und damit ist sie auch zu Ende gegangen, weil es thematisch keinen Fortschritt gab. Wir widmeten uns zeitweise dem Grundsätzlichsten in der ganzen Angelegenheit, dem Begriff und der Bedeutung der Vergewaltigung, intensiv und konstruktiv.
Nur irgendwann hatte der ganze Themenkomplex an Relevanz verloren. Manuel hatte von sich aus die Gruppe verlassen. Anfangs waren wir als Gruppe gefragt, weil wir uns zu einem Vergewaltiger unter uns verhalten wollten. Später wurden wir persönlich in die Lösungssuche, wie wir mit den Geschehnissen umgehen sollten, eingeschlossen. Plötzlich „...(standen) wir selber als Personen im Mittelpunkt..." und begannen den Aufreibungsstreit, der viel Kraft und Opfer gekostet hat. Mit unseren eigenen, und zwar unterschiedlichen Vorstellungen und Wertigkeiten, traten wir gegeneinander an.
Es wurde zunehmend deutlich, daß sich die Gruppenmitglieder zwar darüber einig waren, wie Kaffee zu kaufen und zu verkaufen sei, aber eine einheitliche Vorstellung und Meinung, im Umgang mit Vergewaltigern und zur patriarchalen Gesellschaft, existierte nicht. Dadurch geriet der politische Zusammenhalt unter Druck, denn es zeigte sich, wie schmal die vermeintlichen politischen Übereinstimmungen unter uns waren. Auf einmal mußten wir offenbaren, ob mehr politisches Verständnis, außer solidarischem Kaffeehandel, hinter der Gruppe el rojito steckt.
Wir suchten einen großen Ermessensspielraum bei der Wahl des Weges, um zu einem gemeinsamen Handeln als Gruppe zu kommen, wie weiter vorgegangen werden soll. Von außen wurde klar an uns herangetragen, daß es hier nur eine Lösung gibt, nämlich den Ausschluß des Vergewaltigers und das Bekenntnis dazu. Es zeigte sich, daß die Gruppe nur durch eine schmale Öffnung aus der Situation herauskommt. Leider waren wir uns uneinig, so daß das nicht paßte und die Gruppe hat inzwischen ihre Form stark verändert.
Zu einer Szene oder Bewegung zu gehören, heißt eben auch, daß im Konflikt die Regeln und Inhalte praktiziert werden. Wollten wir dazugehören und uns „mit dem Außen" identifizieren oder zumindest so weit distanzieren, bis wir „souverän genug" würden? Natürlich vereinfacht die kategorische Richtlinie bei Konflikten den Zusammenhalt, setzt aber auch eine Gruppenidentität voraus, um die dann praktisch werden zu lassen. Das gilt auch dann, wenn immer wieder betont wird, es gebe keinen golden Lösungsweg.
Ab einem Punkt standen die Interessen einzelner im Vordergrund. Warum wer, wann und wie dies oder jenes tat, war nicht mehr auf ein von uns getragenes und entworfenes Gruppeninteresse ausgerichtet. Von einem „Konzept", aus dem wir gebracht wurden, möchte ich gar nicht sprechen. Unsere ganz persönlichen Lebensumfelder führten bei uns zu Vorstellungen, wie das Ergebnis oder der Weg dorthin auszusehen habe und wir begannen einen Kampf untereinander. Wir alle trugen die Problematik in unseren Freundeskreis. Als Suchende kehrten einige immer wieder mit anderen Resultaten zu den Gruppentreffen zurück. Andererseits wurden bei einzelnen die bestehenden Anschauungen verstärkt und unterstützt. Daraus resultierte eine Fraktionsbildung und erst als einzelne nicht mehr sahen, daß sich ihre Ansichten verwirklichen lassen, verließen sie nach und nach die Gruppe. Durch die Zerrissenheit der Normen innerhalb el rojitos, der fehlenden übereinstimmenden Überzeugung über den Umgang mit Manuel als Vergewaltiger und der Einwirkung von Außen, hörten wir auf zu kooperieren. Das Gruppengefühl wurde stark angeknackst.
Was war das primäre Interesse der Gruppe? Wir hatten nicht „...die Auseinandersetzung über Sexismus und Patriarchat..." an sich im Kopf, sondern stritten über das Verfahren und die Ausführung. Die einen meinten es müsse so laufen, die anderen es müsse anders laufen. Darin konnten wir uns nicht großartig vertiefen. Wir spürten vielleicht, daß es keinen Erfolg haben würde, sich tatsächlich auf die Themen einzulassen und das minderte wohl auch die Bereitschaft dazu was beizutragen. Der ganze Disput blieb so lange am Schwelen, wie es Abweichler von der Gruppenmehrheit gab. Das änderte sich im Januar 96 und wurde im letzten Papier als ein Konsens verkauft, ohne aber zu erwähnen, daß die Gruppe um ein weiteres Mitglied geschrumpft war. Es wurde wieder mehr zueinandergefunden und „auch zwischenmenschliche Sachen konnten geklärt werden.". Nur Inhalte aber eben nicht!
Damit war das immer im Hintergrund stehende Ziel erreicht. Die Hülle, der Kaffeebetrieb, die bis dahin verhindert hatte, daß die Gruppe sich komplett auflöste, wurde wieder mit mehr Einigkeit und Gemeinschaftsgefühl gefüllt.
Passiver Täterschutz, auch wenn wir zeitweilig kurz davor waren aktiv für Manuel ein- und aufzutreten, führte schließlich zu einer Meidung der Gruppe von Teilen der „Szene". Die Gruppenstruktur reicht dem abgeneigten Umfeld noch zur Anmeldung einer Demo, aber bei der Benutzung der Räume, als extere Gruppe, sieht sich mensch einem gewissen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt.
Letztlich fragt sich, was uns an dieser Sache im Gedächtnis bleiben sollte. Das Lebenselixier der Gruppe ist der Kaffeebetrieb und der lebt von einer ihn tragenden Öffentlichkeit. Da wir alle mit starken Orientierungsproblemen da*stehen* und mehr Fragen als Antworten haben, ist „vorwärts" nirgends in Sicht. Vermutlich ist nicht nur die Sicht so schlecht, sondern es fehlt auch an der Bestimmung, was denn „vorwärts" genau sein soll.

Februar 1997
lo



Romero-Tage vom 8. März bis 9. April:

Neoliberalismus & Widerstand in Lateinamerika

Seit dem 8. März und bis zum 9. April finden in Hamburg wieder verschiedenste Veranstaltungen zu Lateinamerika im Rahmen der Romero-Tage statt. Oscar Arnulfo Romero hieß der Erzbischof in El Salvador, der am 24. 3. 1980 von Todesschwadronen ermordet wurde: Er hatte ein Ende der US-Militärhilfe und der Unterdrückung durch die Militärdiktatur gefordert.
Von linkskirchlichen Gruppen geht die Initiative zu den Romero-Tagen aus, es beteiligen sich aber auch nichtkirchliche Soli-Gruppen mit Veranstaltungen zur Situation in einzelnen Ländern. Das übergreifende Motto: "Versöhnung kann es nur in Gerechtigkeit geben!" Im gemeinsamen Aufruf wird bewaffneter Kampf mit Konflikt gleichgesetzt, das Friedensabkommen in El Salvador zwischen Oligarchie und der Guerrilla FMLN dementsprechend mit einer "friedlichen Konfliktlösung". Der Klassenkampf taucht dann aber indirekt doch kurz auf: "Versöhnung und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden."
In diesem Rahmen fand am 18. März organisiert von Zapa-pres, Solidaritat und der VSP-Internationalismusgruppe ein Abend zur zweiten Guerrilla neben der EZLN in Südmexiko, der EPR statt. 25 Leute sahen das Video "¿ EPR - Retorno a las armas ?" In der anschließenden Diskussion ging es um das Verhältnis von EZLN und EPR zueinander, programmatische Unterschiede und Positionen in der Soli-Szene. Dazu ein Beitrag, der vor der Veranstaltung aus den Diskussionen der *gruppe demontage* entstanden ist.

EZLN & EPR in Mexiko

In Mexiko herrscht die Oligarchie vermittelt durch die "Partei der institutionalisierten Revolution". Die PRI ist die am längsten regierende Staatspartei der Welt. Über ein Klientelsystem, korporatistische Gewerkschaften, gleichgeschaltete Medien, eingespielte Abläufe bei Wahlbetrug wird eine formale Demokratie umfassend manipuliert. Dieser politischen Beherrschung des Landes entspricht die militärische Belagerung und Unterdrückung sozialer Opposition. Auf dem Land garantieren die "weißen Garden" der Großgrundbesitzer die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Landlosen und KleinbäuerInnen. Bewaffnete lokale Guerrillagruppen haben eine lange Tradition in den armen ländlichen Provinzen Südmexikos. Neben dem Aufbegehren gegen für uns unvorstellbares Elend geht es dabei vor allem um Selbstverteidigung.
Trotzdem wäre es verkürzt, die Rebellion in Südmexiko nur mit der wirtschaftsliberalen Politik zu erklären. Die mit dem Beitritt zur NAFTA verbundene neoliberale Politik hat die Ausbeutungsbedingungen und -strukturen nur verschärft, nicht begonnen. Die Durchsetzungskraft privater Unternehmen führte bereits in den 70ern zu einer massiven Vermögenskonzentration bei einer kleinen Wirtschaftselite. Diese Entwicklung könnte durch die NAFTA noch verstärkt werden, da die mexikanische PRI-Regierung die Wirtschaftselite mit Vermögensvorteilen gegen die US-Konkurrenz absichert. Schon Jahre vor der NAFTA gab es eine verstärkte Konzentration des Landbesitzes und damit einhergehend eine zahlenmäßige Zunahme von TagelöhnerInnen in der Landwirtschaft. Die Provinz Guerrero, wo die EPR stark ist, zählt neben Oaxaca (wo die EPR auch agiert) und Chiapas zu den ärmsten mexikanischen Bundesstaaten.
Die EZLN (Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung) begann den Aufstand in Chiapas am 1.1.94, dem Tag des Inkrafttretens der NAFTA-Verträge. Schon durch dieses symbolische Datum unterstrichen sie ihre Gegnerschaft zu neoliberaler, auf Freihandelskapitalismus orientierter Politik. Die EPR (Revolutionäre Volksarmee) trat das erstemal am 28.6.96 öffentlich auf. In der Provinz Guerrero, auf der Gedenkveranstaltung für 17 Bauern, die von der Polizei auf dem Weg zu einer Demonstration in einem Hinterhalt am hellichten Tag ein Jahr zuvor erschossen worden waren. Ein Text wurde vorgelesen: Auf dem Weg einer bewaffneten Revolution wolle man die Regierung stürzen, da diese nur die Interessen "des nationalen und ausländischen Kapitals" vertrete.
Beiden Volksarmeen ist gemeinsam, das sie unter der mexikanischen Fahne auftreten, die sie für sich beanspruchen, da sie die Interessen des Volkes vertreten. Von der EPR sind aber (noch) keine Äußerungen aufgetaucht, wie beim Subcomandante Marcos, der ausdrücklich Bezug auf nationale Symbolik nahm: "Das neoliberale Projekt verlangt diese Internationalisierung der Geschichte, es verlangt eine Auslöschung der nationalen Geschichte, es verlangt die Auslöschung kultureller Grenzen....daß für das Finanzkapital nichts existiert, nicht einmal Vaterland oder Besitz. Das Finanzkapital besitzt ausschließlich Zahlen auf Bankkonten. Und in diesem Spiel wird das Konzept der Nation ausgelöscht. Daher muß ein revolutionärer Prozeß ansetzen bei der Wiedererlangung des Konzeptes der Nation und des Vaterlandes." (Zitiert nach: 'Zwei Jahre Aufstand in Chiapas/Mexico - Durito, Broschüre von: Viva Maria/Oldenburg, 1996). Ohne der EZLN die kommunistische Orientierung absprechen zu wollen, müsste diese Argumentation kritisiert werden. Es geht der EZLN bzw. ihrem Pressesprecher Marcos hierbei darum, die gleichen Rechte für alle mexikanischen StaatsbürgerInnen zu fordern, gegen (rassistische) Ausgrenzung. Das ist nicht nationalistisch, aber es stellt sich die Frage, warum sich auf das bürgerliche Konstrukt Nation positiv bezogen wird. Ebenso wie die Nationalfahne ist auch die Nation selbst eine untrennbar mit dem Kapitalismus verbundene, von diesem geschaffene Realität. Die Nation kann keine Grundlage für kommunistische Politik sein, bestenfalls für eine bürgerlich-republikanische Gleichstellungspolitik.
Aber die Soli-Szene schweigt zu dem Problem der EZLN mit dem Fallstrick Nation und einige Strömungen bewundern unkritisch die EZLN: "Nichts gegen Enthusiasmus, aber teilweise schien das skandieren von 'EZLN' und 'Viva Zapata' die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Politisch wird eine solche Position vor allem dann gefährlich, wenn sie permanent auf ein vereinheitlichendes "wir" rekurriert, das es gar nicht gibt."('Der gemeinsame Feind - zum interkonti-Treffen', U. Brand in: *blätter des iz3w 9/96*). Von der Programmatik her wird die EPR von zahlreichen SympathisantInnen des Sub Marcos und der EZLN insbesondere in der Soli-Szene in den Metropolen argwöhnisch betrachtet. Der EPR wird unterstellt, eine "alte Guerrilla" zu sein, für die Bezeichnungen wie "maoistisch-stalinistisch" oder "mexikanischer Sendero Luminoso" im Gespräch seien, wenn diese auch fragwürdig seien (so Gerold Schmidt in der *ila* 199: 'Die neue Guerrilla'). Völlig verrückt wird es, wenn die EPR dafür kritisiert wird,

überhaupt zu kämpfen: "Das Auftreten der EPR auf der politischen Bühne rollt auch schwere Stolpersteine auf den Weg des Dialogprozesses zwischen EZLN und Regierung in Chiapas...fortschreitende Militarisierung...erschwert das Auftauchen der EPR den Prozeß der Einigung der mexikanischen Linken, den die EZLN so ...vehement...anstrebt". So Boris Kanzleiter ('Guerilla in Guerrero', in *LN* 268, 10/96). In der *a&k* (396, 11/96) forderte er "Kein Volkskrieg in Mexiko!". Er brachte es hier fertig, den Ansatz des langandauernden Volkskrieges prinzipiell gegen eine soziale Selbstorganisierung zu stellen. Damit stellt er sich prinzipiell gegen kommunistische lateinamerikanische Guerrillas wie die FMLN oder die FARC/ELN in Kolumbien. Diese absurde Debatte führt von den Problemen, denen sich nationale Befreiungsbewegungen stellen (müssen) weg. Die Entgegensetzung "zivil" contra "militärisch" geht genau an der Frage vorbei, welche sozialen Interessen sich in einer Befreiungsbewegung ausdrücken. In den letzten Jahren hat sich auch in Guerrero wachsender sozialer Widerstand entwickelt: Eine Reihe von unabhängigen radikalen LandarbeiterInnen- und Indígenaorganisationen ist entstanden. So auch die OCSS, der die 17 Landarbeiter angehörten, die bei dem Massaker am 28.6.95 ermordet wurden. Die OCSS ist Mitglied in der FAC-MLN (Breite Front für den Aufbau einer nationalen Befreiungsbewegung). Dieser Zusammenschluß wird von Kanzleiter als 'Ultras' denunziert: Radikale maoistische oder marxistisch-leninistische Gruppen seien das, keine breite gesellschaftliche Front. Trotzdem erwähnt er: "In Guerrero verfügen diese Gruppen über eine relativ breite soziale und politische Basis." (*a&k* 394, 9/96).

Beide, die EPR wie die EZLN, haben einen klassenkämpferischen Ansatz, der von den Interessen der Landlosen und KleinbäuerInnen ausgeht. Nicht nur die EZLN bezieht hierbei ausdrücklich Stellung gegen die rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung der Indígenas als entrechtestem Teil dieser Klasse. Das erste Manifest der EPR wurde in zwei Sprachen vorgetragen: Nicht nur im offiziellen Spanisch, das viele Indígenas nie gelernt haben, sondern auch im Nahúatl, der regionalen indigenen Sprache. Beide wenden sich gegen den PRI-Staatsapparat. Ob sich die EPR auch ausdrücklich auf die mexikanische Nation bezieht zur Legitimation, wie dies von der EZLN ausdrücklich formuliert wird, ist uns nicht bekannt. Die bekannten Texte legen es aber nahe. Ob der klassenkämpferische Ansatz in Forderungen versandet, die den Rechtsstaat einfordern und sich damit auf die formale bürgerliche Gleichheit reduzieren lassen, ist eine offene Frage. Zunächst einmal basieren beide Volksarmeen auf der sozialrevolutionären Forderung nach Land und einem Ende der Ausbeutung. Während die EPR eine demokratische Volksrepublik fordert, die durch den bewaffneten Kampf erkämpft werden muß und die Machtfrage stellt, lehnt die EZLN vordergründig die Machteroberung ab: Aber der Raum, der für eine imperative Basis-Demokratie erkämpft werden soll, bedeutet letztendlich auch, vorher die Machtfrage zu stellen. Die EPR will sich auch nicht an die Stelle der PRI-Elite setzen, sondern die soziale Revolution. Ihr vorzuwerfen, dafür zu kämpfen, heißt auf jede revolutionäre Perspektive zu verzichten. Etwas anderes wäre es, darüber zu reden, daß eine Guerrilla oder Volksarmee ihrer Logik die Kämpfe gegen den Kapitalismus und das Patriarchat nicht unterordnen darf und die Selbstorganisation aller an der Revolution Beteiligten befördern muß. Darüber gibt es in Guerrero bis jetzt keine Anhaltspunkte. Es ist glatte Schönfärberei zu behaupten, die EZLN hätte diesen Widerspruch gelöst.

Die Forderungen der EZLN werden da problematisch, wo es um die Konsequenzen aus geht aus dem, was sie "Zivilgesellschaft" nennen, auch in ihrer Abgrenzung von der EPR: "Wir brauchen Eure Unterstützung nicht. Ihre seid nicht unsere Feinde oder Rivalen, aber wir sind verschieden. Was wir wollen, ist die Unterstützung der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft." (Comunicado der EZLN an die EPR vom 29.8.96). Es bleibt der Widerspruch, daß der Begriff Zivilgesellschaft für ein fordistisches Wohlfahrtsmodell steht: "In Mexiko wird häufig auf Europa als Modell eines 'zivilisierten' und 'sozialen' Kapitalismus verwiesen, das heißt als ein Modell, das auch für die Entwicklung Mexikos beispielgebend sein könnte. Die Orientierung am europäischen Modell könnte sich somit als eine Illusion erweisen, die ausblendet, daß die ökonomischen Grundlagen des fordistischen Kapitalismus...weitgehend beseitigt sind..." (Joachim Hirsch, 'Die Restrukturierung des kapitalistischen Weltsystems' in: *Beute* 10/96). Eine soziale Grundabsicherung gehört jedoch auch in Europa der Vergangenheit an. Die EZLN verwendet den Begriff Zivilgesellschaft allerdings anders als die grünbürgerliche Szene der BRD. Sie orientiert auf die Zerschlagung der Machtstrukturen und die Revolutionierung durch die Selbstorganisation der Arbeiterklasse, der Frauen, in den indigenen Dörfern, der Kleinbauern.

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

Ein länderübergreifender Text der *gruppe demontage* zum Thema "Postfordistische Guerrilla - Vom Mythos nationaler Befreiung" erscheint im April in der Zeitschrift 17° Celsius.



Chiapas:
Krieg gegen die Zivilbevölkerung und Abbruch der Verhandlungen

Nach dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen droht eine militärische Aktion gegen die Stellungen der zapatistischen Führung.
Anfang März haben bewaffnete Angriffe offizieller Sicherheitskräfte und staatsparteinaher Terrorkommandos auf oppositionelle Bauern und Indígenas massiv zugenommen. Gleichzeitig wird die militärische Umzingelung der zapatistischen Aufständischen vorangetrieben.
In verschiedenen Regionen wurden besetzte Landstücke und Rathäuser geräumt; in eine Protestkundgebung wurde aus Hubschraubern heraus scharf geschossen. Es gab mehrere Tote, Verletzte und Festgenommene, die gefoltert wurden.
Ein Beispiel ist die Verhaftung von zwei Jesuiten und zwei Indígena-Führern am 9. März in Palenque, gegen die die Organisationen im ganzen Land einschließlich der mexikanischen Bischofskonferenz protestiert haben. Den Verhafteten wird vorgeworfen, sich der Polizei mit Waffengewalt widersetzt zu haben. Bei den Jesuiten handelt es sich um offiziell anerkannte Berater der EZLN. Sie wurden inzwischen dank der massiven Proteste auf freien Fuß gesetzt. Die Verteidigung hat Klage wegen „Konstruktion von Delikten, falscher Anklagen, Beweisfälschung und Mißhandlung der Festgenommenen" eingereicht.
Am 12. März nahm die zapatistische Kommandantin Ramona auf dem Gelände der Nationaluniversität in Mexiko-Stadt an einer Veranstaltung von etwa 10.000 StudentInnen teil. Die neuerliche Eskalation der Gewalt in Chiapas wurde darin aufs Schärfste zurückgewiesen.
Die Regierung versucht die aufständischen Zapatistas zu provozieren, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es keine Verhandlungslösung geben wird. Die parlamentarische Verhandlungskomission hat erklärt, in dem Streit zwischen der Regierung und der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung über eine neue Indígena-Gesetzgebung nicht weiter aktiv sein. Die EZLN sieht dies als vollkommene Unterwerfung des Parlaments unter die Exekutive. Erneut über das bereits vor einem Jahr unterzeichnete Abkommen von San Andrés über indianische Rechte und Kultur nachzuverhandeln, wird zu Recht abgelehnt. Da vom Parlament keine Autonomie-Gesetzgebung zu erwarten ist, haben indianische Organisationen mit der Bildung unabhängiger Landkreise begonnen.
Die Revolutionäre Volksarmee (EPR), die zweite Guerillagruppe in Mexiko, hat die Wiederaufnahme bewaffneter Aktionen angekündigt, falls sich die Regierung entschließen sollte, den Konflikt in Chiapas militärisch zu lösen und gegen die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) vorzugehen.

fsk-Meldung vom 24.3. ; zapapress

L'europe des maladies: Krankenhauskämpfe in GB

Die Schließung des Hafenkrankenhauses findet im Rahmen der Umstrukturierungen im Zuge einer Privatisierung des Gesundheitswesens statt. Dazu gehören Personalabbau, Auslagerungen, Schließungen und andere Kürzungsmaßnahmen. Die überraschend erfolgreiche Besetzung des Hafenkrankenhauses von Leuten aus dem Stadtteil, deren Wirksamkeit sich an dem neulichen Zugeständnis des LBK-Aufsichtsrates, keine Geräte aus dem Krankenhaus auszulagern, messen läßt, liefert Anstoß darüber nachzudenken, wie Widerstand jetzt und in allzu naher Zukunft im Gesundheitsbereich geleistet werden kann. Der LBK hat bekanntgegeben, es werde keine der 1.800 geplanten betriebsbedingten Kündingen bis 1998 geben. Zumal diese Ankündigung den LBK-Praktiken im Fall Hafenkrankenhaus teilweise widerspricht (vgl. Initiative Rettet das Faultier, in Wildcat-Zirkular, März 97) und die Auslagerungen des Personals aus dem Krankenhaus sowieso schon stattgefunden haben, m,ssen wir damit rechnen, daß verstärkt Schließungen von Krankenhäusern bzw. Stationen, Entlassungen usw. im nächsten Jahr zu erwarten sind. Der Kampf um den Erhalt des Hafenkrankenhauses und die Kritiken daran (s. Gruppe Demontage in Zeck Nr.57 + die ebenerwähnten Papiere in Wildcat) werfen die Problematik auf, inwiefern Arbeitskampfmaßnahmen mit denen des Stadtteilkampfes in dem Kampf um ein Krankenhaus verbunden werden können bzw. sollen.

In diesem Hinblick scheint es mir nützlich, einen Blick über den Tellerrand zu werfen und einige Entwicklungen in Großbritannien zu skizzieren, wo (Teil-) Privatisierungen im Gesundheitswesen und die dadurch verursachten Entlassungen, Lohndrückerei usw. schon zum Alltag gehören. Daß der einzige Weg, solche Prozesse zu verhindern, darin besteht, dem Arbeitgeber die von ihm gewollten Umwandlungen so teuer wie möglich zu machen, zeigt sich daran, daß selbst die ehemalige Premierministerin Thatcher es nicht schaffte, eine Privatisierung im Gesundheitswesen durchzuboxen. Trotz aller Bemühungen, die Kosten des öffentlichen Gesundheitswesens durch die üblichen Maßnahmen zu senken, stiegen die staatlichen Ausgaben im Gesundheitsbereich während der 80er Jahre um 30%! (vgl. Healthy Strikes, Wildcat Nr.45, Sommer 88). Dies ist hauptsächlich auf die Kampfbereitschaft der Beschäftigten und die solidarische Unterstützung aus ihren Stadtteilen zurückzuführen.
Um einiges vorauszuschicken: Das staatliche Gesundheitswesen in GB (National Health Service) bietet eine gesundheitliche Absicherung für alle durch Nationale Versicherungszahlungen, d.h. Krankenkassen sind nicht nötig. Es ist auch im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten extrem billig. 1990 lag der Anteil am Bruttoinlandsprodukt für Ausgaben im Gesundheitsbereich bei 5,2%, weit unter dem Westeuropäischen Niveau (vgl. John Hill im Länderbericht GB, Schriftenreihe 327, Bundeszentrale für politische Bildung. s. auch Medikament und Meinung, Jan 97). Trotzdem sah sich die Avantgarde der freien Marktwirtschaft gezwungen, ein Privatisierungsprogramm einzuführen, das den staatlichen Anteil am öffentlichen Gesundheitswesen verringern und zugleich neue Märkte erschließen sollte. Ich fange diese skizzenhafte Darstellung mit dem Ende der achtziger Jahre an, der Zeit, bevor die (Teil-) Privatisierung wirklich effektiviert wurde.

Die meisten Experimente der britischen Regierung werden im Norden und besonders in Schottland, und Nordirland ausgetestet, bevor der Süden die Auswirkungen zu spüren bekommt. Dies liegt an der relativen Armut der Bevölkerung, hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Kontrolle. So war es auch mit der Kampfwelle '87-'88. Zwischen Feb. und Sept. '87 finden ständig Besetzungen von Leuten aus der Umgebung der mit Schließung bedrohten Notfallambulanz des Ancoats-Krankenhauses in Manchester statt. Hier ein Beispiel wo 'Community Action' erfolgreich war, denn in September erteilt der NHS die Zusage, daß die Station offenbleibe. Ab Jan. 88 nehmen die Kämpfe zur Verhinderung geplanter Lohnkürzungen und Privatisierungen zu. Wegen landesweiter Aktionen der KrankenpflegerInnen am 14.1.88 und Streiks mit beinahe voller Beteiligung der Belegschaft in vielen Schottischen Krankenhäusern werden die Lohnkürzungspläne der Regierung zurückgenommen. In den nächsten Wochen finden zahlreiche Aktionen und Streiks gegen Kürzungen und Priva-

tisierungspläne statt. Am 3.2.88 belagern 3000 KrankenhausarbeiterInnen und UnterstützerInnen den Regierungssitz in London und in 42 Londoner Krankenhäusern wird gestreikt. 2 Streikposten in Leeds sprechen Bergarbeiter in Frickley an, die einen Solidaritätsstreik starten. Die Privatisierungen werden zeitweilig aufgehalten. Die Ausweitung des Kampfes ausserhalb des betroffenen Sektors war schon öfters bei solchen Auseinandersetzungen passiert, allein die Bergarbeiter hatten sich 1979, '82, '87, verhalten. Wichtig daran ist die Tatsache, daß diese Ausweitung fast immer mittels direkter Ansprache erfolgte, ohne den Umweg über die Gewerkschaften zu benutzen. Die Notwendigkeit in solchen Fällen, ohne gewerkschaftliche Teilnahme zu handeln, wird durch anti-Streik-Gesetze bedingt, die Solidaritätsstreiks verbieten. Die Bergarbeiter in Frickley jedoch, sahen die Anwesenheit der 2 Krankenschwestern als Streikpostenkette an, und weigerten sich konsequent, sie zu überqueren.

1989 brachen KrankenpflegerInnen noch einmal aus den Schranken der gewerkschaftlichen Organisationen heraus, indem Proteste gegen eine von Gewerkschaften abgesegnete Verstärkung der hierarchischen Trennungen im Arbeitsplatz geführt wurden. KrankenpflegerInnen wurden in 3 Stufen geteilt, die von den verantwortungstragenden hochrangigen Beschäftigten, die die Stationen verwalteten, bis hin zu den PflegerschülerInnen und Hilfskräften reichten, mit entsprechenden Zuständigkeitszuweisungen und Einkommenseinschränkungen. PflegerInnen reagierten darauf durch einen 'Arbeit nach Vorschrift' Protest, ein Mittel, das erfolgreich in der Vergangenheit angewandt worden war. D.h. es wurde nicht mehr geleistet, als das, was in den Vorschriften stand. Hinter dieser Arbeitsregelung stand nicht nur ein Versuch, die Arbeitskräfte weiter zu spalten, sondern auch die Vorbereitung auf eine Privatisierung durch die Hintertür. Schlechtbezahlte, niederrangige PflegerInnen, die die Drecksarbeiten leisten sollten, sollten von den höherrangigen, beruflichen KrankenpflegerInnen getrennt werden. Dadurch wird die Entwicklung einer zeitweiligen Arbeitskraft am untersten Ende der Skala gefördert, während am obersten Ende ein Berufsstand entwickelt wird. Geplant wurde, Verträge zukünftig auf persönlicher anstatt kollektiver Basis zu schließen. Dies hätte den Weg für die Ausdehnung des privaten Zeitarbeitsmodells am untersten Ende der Skala vorbereitet, das schon anfänglich bei den Putzkräften eingesetzt worden war. Für weitere Hinweise auf die Hierarchien innerhalb englischer Krankenhäuser, seht den Wildcat-Artikel von '88.

Küchen- und ReinigungsarbeiterInnen stehen unten in jeder Krankenhaushierarchie. Auch in der BRD sind KrankenhauspflegerInnen der Drecksarbeit dadurch entlastet worden, daß schlechter Bezahlte dafür eingesetzt werden. Ende der achtziger Jahre wurden Reinigungskräfte in GB öfters entlassen, um von einer Privatfirma neueingestellt zu werden, die die Arbeit der Gesundheitsbehörde billiger anbieten konnte. Während '88 PflegerInnen und Reinigungspersonal zusammen streikten, ist die Spaltungstaktik inzwischen dermaßen erfolgreich gewesen, daß davon kaum noch die Rede sein kann. Ein gutes Beispiel dafür ist der Streik der 56 Putzfrauen im Hillingdons-Krankenhaus, London, der seit Okt '95 läuft. Bei den Streikenden handelt es sich um Frauen ausschließlich asiatischer Herkunft. Sie wurden von der privaten Reinigungsfirma Pall Mall Hotel Services neueingestellt, die sich weigerte, den europäischen TUPE-Regelungen einzuhalten, die die Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen bei solchen Personalübernahmen schützen sollen, und ihnen die Löhne um 20% kürzte. Obwohl die Gewerkschaft UNISON den Streik billigte, litten die Streikenden vom Anfang an unter rassistischen Angriffen von anderen Beschäftigten sowie von PatientInnen.

Anfang der 90er wird die von Thatcher erträumte (Teil-) Privatisierung je nach Möglichkeit teils durchgepeitscht, teilweise auch schleichend realisiert. Den Wendepunkt stellten die 1990er Gesundheitsreformen dar. Was die Krankenhäuser anbelangt, ging es darum, die Verwaltungsgremien von den ÄrztInnen loszulösen und durch unabhängige Körperschaften zu ersetzen, die sich um Aufträge von niedergelassenen ÄrztInnen und Gesundheitsbehörden des Bezirkes bewerben konnten. ÄrztInnen und Krankenhäuser werden seit 1990 mit einem Jahresbudget ausgestattet, im Rahmen dessen sie die nötigen Dienste anderer medizinischer Einrichtungen einkaufen können. In diesem eingeschränkten finanziellen Rahmen ist ein Wettbewerbskampf um die Aufträge, d.h. um die Versorgung der PatientInnen, zwischen den Einrichtungen unvermeidlich. Ein Kampf, dessen Opfer auf die Rücken der Beschäftigten durch Kürzungen und Streichungen abgewälzt wird, in dem Versuch, Dienste möglichst billig anzubieten. Die PatientInnen werden zu lediglichen Statistiken, die die Leistung (Output) eines medizinischen Betriebes nachweisen können.

Dies führte zur Schaffung von sogenannten Quangos (Quasi-non-governmental-organisations), oder Trusts, die über das Sagen im Alltag der Krankenhäuser verfügten. Die Direktoren von Krankenhäusern waren jetzt keine ÄrztInnen mehr, sondern Immobilien- und FinanzspekulantInnen, oder VertreterInnen von grossen Pharmakonzernen, die besser verstehen wie medizinische Einrichtungen wirtschaftlich zu betreiben sind. Im März '93 boten bereits über 150 NHS-Trusts ein Drittel der NHS-Leistungen in England an, weitere 133 folgten '94 (Länderbericht, S.429). In dieser grauen Zone, halbwegs zwischen staatlicher Förderung und freier Marktwirtschaft, sollte ein interner Markt innerhalb des NHS geschaffen werden, der, wie alle Märkte, auf der Grundlage der Profitmaximierung und des Wettbewerbes funktioniert. Ähnliches ist zu befürchten bei der Entstehung der neuen Krankenhauskonzerne in der BRD.

In diesem neuen Klima fand der Kampf um das UCH (University College Hospital) statt, mit dem ich diese Skizze abschließen möchte. Das UCH sollte geschlossen werden, weil es zu teuer war. Als im November 92 einige vom Management die Schleißung der Station 2/1 ausführen wollten, haben sich die PflegerInnen einfach quergestellt. Ohne gewerkschaftliche Teilnahme, wurde von den anwesenden Beschäftigten beschlossen, daß sie die Station nicht verlassen würden. Ein Streik wurde ausgerufen und die Station von den BesetzerInnen weiterhin betrieben. Die PatientInnen weigerten sich, sich auslagern zu lassen, und die PförtnerInnen weigerten sich, die PatientInnen zu bewegen. Während der Besetzung wurden die obenerwähnten Hierarchien zwischen den Beschäftigten zum Teil aufgeweicht. Sogar die ÄrztInnen machten mit. Ein gewisser Arzt schickte einen neuen Patienten auf die Station. Im Dezember gab das Management nach, und die Station wurde wieder aufgemacht, mit einem Versprechen, keine anderen Stationen würden geschlossen.

Die 2. Phase des Kampfes war viel schwieriger. Am 17.8.93 starteten 50 KrankenpflegerInnen einen Streik gegen die weiteren Schließungspläne. Dies war nur ein Bruchteil der Belegschaft. Andere schraken vor dem vom Management erlassenen Hausverbot für Streikende zurück. Durch dieses Verbot war es nicht möglich, eine Arbeitsrotation für Notfälle zu organisieren, wie es 1992 der Fall gewesen war. Ein zweiter Unterschied war, daß die Beschäftigten im gewerkschaftlichen Rahmen handelten, anstatt spontan zu handeln und die Gewerkschaften hinter sich herzuziehen. Von Anfang an gab es eine begrenzte Unterstützung von anderen ArbeiterInnen. (z.B. Telekom, U-Bahn, LehrerInnen, Post). Die neue Gewerkschaft UNISON, ein Zusammenschluß aus 3 früheren Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, wollte sich in den Augen des Managements als Sozialpartner bewähren und distanzierte sich sofort

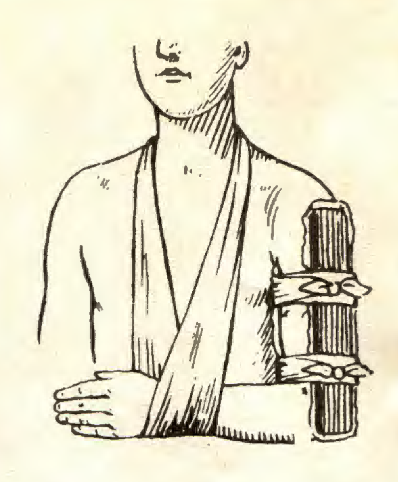
von allen "unoffiziellen" Aktionen. Streikgeld wurde nicht bezahlt, bis die Gewerkschaft die Streikenden nach 6 Wochen zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen hatte. Am 15.9 besetzten Leute aus dem Stadtteil eine Station, die schon geschlossen war. Die Unterstützung der Streikenden für die Besetzung war niemals ganz entschlossen. Nachdem die Gewerkschaft ihre Unterstützung für den Streik zurücknahm, stimmten sie für die Beendigung der Besetzung ab und die BesetzerInnen fügten sich dem Willen der Streikenden. Die BesetzerInnen unternahmen sofort Aktionen gegen die Gewerkschaftsbürokratie, sowie gegen den multinationalen Pharma-Konzern Wellcome, der in den Verkauf des Krankenhauses verwickelt war.

Am 20.11.93 wurde die Station 2/3 nochmals von Leuten aus dem Stadtteil besetzt. Diese Aktion sollte mit einem Aktionstag zur Rettung des NHS zusammenfallen, an dem eine von der Gewerkschaft organisierte Demo von 20,000 Menschen stattfand. Trotz Flugblätter und anderer Öffentlichkeitsarbeit war die Unterstützung für die Besetzung recht wenig. Nach 20 Tagen wurde sie von Polizei und Sicherheitsdienst geräumt. Das Krankenhaus wurde bis auf eine Notfallambulanz geschlossen (Geschichte und Analyse des Kampfes um das UCH in der Broschüre "Occupational Therapy", London 95).

Diese selektive Skizze der Kämpfe in Krankenhäusern in den letzten 10 Jahren in GB, ist ein Versuch, durch geschichtliche Erfahrung einige Momente aufzuzeigen, um die sich der Kampf in einem Krankenhaus dreht. Es ist im Moment des Kampfes, daß sich die Widersprüche des Lebens in dieser Gesellschaft am schärfsten erkennen lassen. Das Krankenhaus ist wie jede andere Arbeitsstätte ein Ort der Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft und unterliegt als solcher den gleichen Bedingungen wie andere Arbeitsstätten in einer kapitalistischen Gesellschaft. Die Hierarchien der Arbeitsteilung innerhalb des Krankenhauses dienen zur Spaltung der Arbeitskräfte und mussen im Falle eines erfolgreichen Kampfes überwunden werden. Diese Hierarchien und Teilungen werden im Zuge eines Privatisierungsprozesses zementiert. Gesamte Bereiche wie Reinigungsarbeit werden an private Firmen ausverkauft. Trennungen zwischen z.B. dem Beruflichen und dem Lohnabhängigen werden durch andere Teilungsmerkmale wie Geschlecht und Herkunft komplementiert (vgl. den Hillingdons Streik). Besonders weibliche Arbeitskraft wird in den niedrigeren Rängen der Hierarchie ausgebeutet und diese Ausbeutung wird durch den Mythos der verantwortungsvollen Krankenschwester gesichert. 1988 waren 90% der Beschäftigten im Pflegeberuf in England Frauen, aber die Hälfte der höheren Positionen hatten Männer inne. (Vgl. Flugblatt übersetzt in Wildcat Nr.45, s.53).

Das Krankenhaus steht im Stadtteil, wo die Reproduktion der Arbeitskraft stattfinden soll. Hier werden Menschen wieder zusammengeflickt, damit sie sobald wie möglich die Arbeit wiederaufnehmen können. Als ob die freie Marktwirtschaft jetzt ganz unverhüllt ihre Haltung gegenüber Menschen gestehen kann, zirkuliert derzeit in Nordengland ein Papier in dem steht, daß ältere Menschen, deren Hüftgelenke durch jahrelange Arbeit beispielsweise verbraucht sind, keine Priorität mehr in der medizinischen Versorgung genießen sollen (Medikament und Meinung Jan.97). Daher scheint logisch, daß der Kampf im Krankenhaus mit dem Kampf im Stadtteil verbunden werden soll. Der Stadtteilkampf dreht sich zum Teil um das Durchbrechen des Warencharakters des Alltags und um die Wiedereroberung oder Aneignung des Lebens- und Wohnraumes sowie der zwischenmenschlichen Solidarbeziehungen. In einem solchen Kampf müssen dann die Widersprüche des Verhältnisses Stadtteil/Krankenhaus aufgezeigt werden. Besetzung ist auf dieser analytischen Ebene von grossem symbolischem Wert als Aneignung des Raumes, in dem die Reproduktion der Arbeit und sonstige Reparaturarbeiten auf die Abfälle des Systems ausgeführt werden, aber sie ist in der Praxis ein ganz schwaches Mittel, wenn nicht mit einem Arbeitskampf verbunden. Der Erfolg der Besetzung der Ancoats Notfallambulanz 1987 und mit einem höheren Wahrscheinlichkeitsgrad der bisherige Teilerfolg der Besetzung des Hafenkrankenhauses sind allem Anschein nach auf kommunalpolitische Erwägungen d.h. auf Angst vor Wahlverlusten und Unruhen im Viertel zurückzuführen. Eine These: in der Zeit nach einer wie auch immer gearteten Privatisierung des Gesundheitssektors müßten die Stadtteilkomponenten an dem Krankenhauskampf ganz anders aussehen.

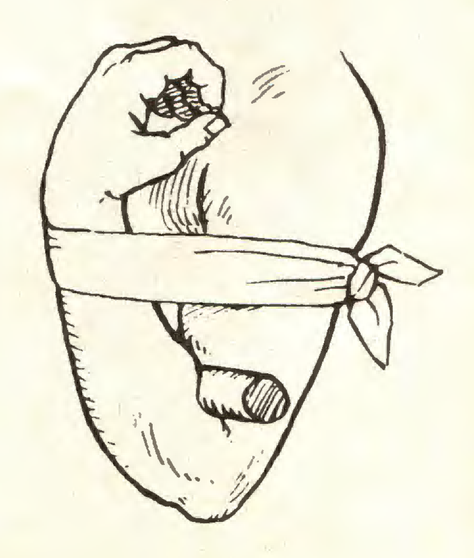
Die PatientInnen im Krankenhaus haben darin auch eine Rolle zu spielen. Sie werden wie Objekte auf dem Fließband des Gesundheitsunternehmens behandelt. Ihr Kranksein gilt als Ware, ein Verhältnis das in einem leistungsorientierten privaten Gesundheitssektor umso deutlicher wäre. Die bodenlosen Konkurrenzkämpfe, die aus dem Wettbewerb um Behandlungsaufträge entstehen, führen zu einem deutlichen Abstieg in der Qualität der

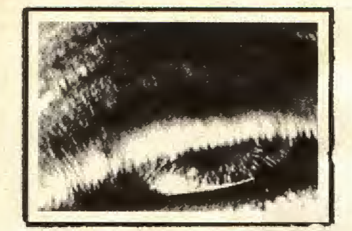


Behandlung der PatientInnen. Das Gesetz des Marktes ist nicht, daß die Besten immer besser werden, sondern daß die Billigen immer billiger werden! (Vgl. Behandlung von HIV-Infizierten in GB M+M Jan 97). Die Zeitschrift Black Flag rief 88 in GB zur Bildung einer PatientInnenfront zur Unterstützung der Streikbewegung auf (Nr.179). Inwieweit dies in GB gelungen ist, ist mir nicht bekannt. In Hamburg gab es nach dem Bernbeck-Skandal Ende der 80er Jahre eine bürgerliche PatientInnen-Initiative, die zum Teil vom Senat finanziert wurde. Ob sie zusammen mit den Beschäftigten in Krankenhäusern oder nur gegen die Krankenhäuser agierten, weiß ich auch nicht.

l'europe des maladies.







fighting boredom - by any means necessary

[4] rote flora

fr, 4. april:
sound pollution club
der neue flora-keller-club öffnet heute zum ersten mal seine pforten. jeden ersten freitag im monat wird euch die sound pollution crew dub-/reggae-/hiphop- und triphopklänge servieren. 22 u.



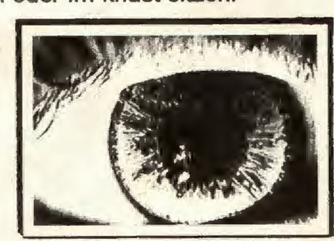
sa, 5. april:
false friends
die hard-house-hop formation „false friends" bietet eine schräg-schöne melange aus schmutzigen ska-offbeats, dazu holprig-harte core-riffs, angereichert mit house-grooves. 21 u.

so, 6. april:
frauenfrühstück ab 10 u.

mo, 7. april:
juggling jugulars, anger of bacterias, crooked cops
einst prägten sie den begriff *goldene flora* (und dies war keineswegs liebevoll gemeint). der verfassungsschutz machte daraus einen generationenkonflikt. da 'gold' im kapitalismus ab und zu aber ganz nützlich sein kann (z.B. um miete zu bezahlen) und der vs ausnahmsweise mal nicht recht behalten sollte, veranstaltet die liz-konzertgruppe nun regelmäßig solikonzerte in der roten flora, um finanzielle unpäßlichkeiten ihres zentrums aufzufangen. damit erlebt unser kasten auch als punkrockschuppen wieder ein revival. diesmal auf der bühne: die juggling jugulars (melodischer bis derber hardcore aus finnland), die anarcho-punkband a.o.b. (anger of bacterias) aus vechta & die crooked cops (polit-hardcore aus luzern). ab 21 u.
(die florahausmeister sind gespannt, ob das saubermachen nach dem konzert auch weiterhin der definition von anarchismus widerspricht.)

fr, 11. april: tesla
hinter diesem bedeutungsvollen titel verbirgt sich die auftaktveranstaltung einer reihe von events, die vom hamburger label decode ins leben gerufen werden. in loser folge werden in diesem rahmen lokale befreundete djs gemeinsam mit auswärtigen gästen versuchen, ihre eigene definition von techno zu präsentieren. tesla will raum bieten für experimente und extreme. berlins almighty chain reaction/hard wax pete und rene, aka scion, bzw. vainqueur, treffen auf vincenzo of raw elements/phono, markus of millenium und rookie of decode fame. may the force be with them... ab 22.00 u, 8 dm.

sa, 12. april:
the treatment
- rote hilfe benefit
vier soundsystems werden den sound ihrer poplieblinge aus der vorzeit mit in die flora bringen und neu anziehen! sistars d. ruff in the hood begleiten donna summer in den dub, ruff cutz schubsen kraftwerk zu drum & bass, silly walks' selekter olli lädt musikerInnen aus dem bereich querflöte und singende geige zum dancehallreggae und füller families tilbury geht mit debbie harry in eine triphop-ambient-electro runde. das alles gibt es in stündlichem wechsel und wird es endlich auch ungeübten Ohren möglich machen, dj's zu verstehen. ein unterhaltungswert von 300++ ist garantiert - ansonsten ist die veranstaltung gleichzeitig ein benefit für die rote hilfe, eine bundesweite schutzorganisation der gesamten linken. ihre unterstützung gilt allen, die als linke wegen ihres politischen handelns ihren arbeitsplatz verlieren, vor gericht gestellt werden, verurteilt werden oder im knast sitzen.



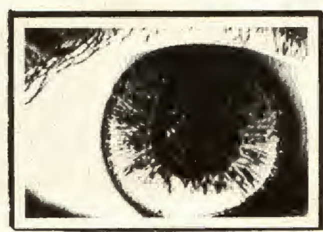
organisiert wird sowohl politische als auch materielle solidarität. die unterstützung der einzelnen von staatlicher repression betroffenen wird als beitrag zur stärkung der bewegung verstanden, damit das unmögliche möglich wird. ab 21.30 u., 8 dm.
kontakt: rote hilfe e.v. hamburg, jeden 1. und 3. mittwoch im monat ab 18 u. in der b5, brigittenstr. 5 (ab 16.4.).

so, 13. april:
club der kulturell verunsicherten
jeden zweiten sonntag im monat veranstaltet der „club der kulturell verunsicherten" eine außergewöhnliche tanzerei. böse house- und technoklänge fliegen den besucherInnen um die ohren, die vorrangig von der frage gequält werden, welche freundlichen bar-mc's sie diesmal bedienen und ob sie den folgenden montag in schule oder schicht gut überstehen werden. ab 22.00 u, 5 dm.

do, 17. april:
high gain yard
dubclub im leoncavallo, ab 21 u.

fr, 18. april:
ring the alarm revisited - mumia abu-jamal benefit
'too many people rotting in jails' sangen chumbawamba, als sie noch gut waren (also vor ihrem ersten album). der afro-amerikanische journalist und ehemalige black panther mumia abu-jamal sitzt seit über 15 jahren in einer todeszelle in philadelphia. momentan wird über den berufungsantrag von mumia vor dem obersten gerichtshof von pennsylvania entschieden. das gericht hat erst kürzlich einen antrag der verteidigung auf eine mündliche anhörung innerhalb des berufungsverfahrens abgelehnt - d.h., das gericht wird nach aktenlage entscheiden. der gouverneur von pennsylvania, thomas ridge, hat für den fall einer ablehnung des antrags mit der unterzeichnung eines neuen hinrichtungsbefehls gedroht. im rahmen der kampagne für das leben und die freiheit von mumia abu-jamal gibt es ab 19.00 u. informationen zum aktuellen stand plus filmvorführung, um 21.30 u. werden *wahre schule* aus berlin und evtl. eine weitere formation die flora mit funkigen hiphopklängen erfüllen. danach (ab ca. 1.00 u.) eröffnet das fat back soundsystem (dub/house) den dancefloor. eintritt 8 dm.

sa, 19.april:
u-site
das u-site-soundsystem läutet die neue saison der trance/technoraves abermals in der flora ein. ab 22 u, 8 dm.



to be continued (previous page)

ausblick

imperialistischer angriff und widerstand

ökonomische entwicklung und strategische pläne im arabischen raum

palästina: die autonome brd-linke
chronologie seit intifada
frieden und siedlungspolitik
zur lage in den besetzten gebieten

irak: hussein - gegner und handlanger
zur rolle des irak bei der aktuellen (neu-)ordnung im nahen osten

irak-kurdistan: das ende der süd-kurdischen autonomie

zum beispiel clockwork: die brd-linke und internationalismus

und anderes zum thema

bestelladresse:
ausblick
c/o jos fritz
wilhelmstr. 15
79098 freiburg

5,- dm pro heft
nur gegen vorkasse
kein mengenrabatt
kein porto
für gefangene umsonst

URBAN NOISE
SOUNDWERKSTATT
DIE KLANG & GERÄUSCH COOPERATIVE

16/24-SPUR RECORDING

Komplette Produktionen von der Aufnahme bis zur fertigen CD möglich

Digitale Nachproduktion

Digitale Sound & Midi Workstation

Tel.: 0172/245 70 75
040/723 25 87

Antifaschistische Informationen
Rechte Organisationen in Hamburg

Extra

Sekte mit braunen Flecken

NEUE AKROPOLIS
Freies philosophisches Zentrum e.V.

Seit 1989 besteht die Neue Akropolis mit dem Namenszusatz „freies philosophisches Zentrum e.V." auch in Hamburg. Die N.A. ist eine internationale Organisation, die in 50 Ländern vertreten ist. Nach außen präsentiert sich der Verein als Kulturzentrum, das Vorträge zu östlichen Religionen, Philosophie und Esoterik anbietet. In der Öffentlichkeit werden Toleranz, Selbstfindung und politische Neutralität propagiert. Aber seit Jahren wird die N.A. auf internationaler Ebene mit dem Vorwurf konfrontiert, eine gefährliche Sekte zu sein. Diese Diskrepanz hat aufhorchen lassen. Auf 36 Seiten will der Hamburger 'Arbeitskreis gegen die Neue Akropolis' einer größeren Öffentlichkeit Material an die Hand geben, sich mit der N.A. und ihrer Ideologie auseinanderzusetzen.

Vordergründe - Hintergründe - Gegengründe
O Mitgliederwerbung und Außendarstellung O Zur inneren Struktur O Aktivitäten in Hamburg O Frankreich O Spanien O Italien O Gesellschaftspolitische Vorstellungen der N.A. O Esoterisches Erwachen O Zeitungsartikel-Dokumentation O Literaturhinweise.

Arbeitskreis gegen die Neue Akropolis (Hrsg.)
über Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten: KFdF, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg (kfdf@mail.nadir.org).
Einzelexemplar: DM 4.- (+ DM 1,50 Porto), bitte in Briefmarken beilegen. Ab 5 Stück: DM 3,50, ab 10 Stück DM 3.- (+ DM 3.- Porto), gegen Rechnung.

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL 040/43 00 8 08	TEL 040/43 00 8 88
FAX 040/430 16 37	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
• Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
• Umstrucktuierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
• Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes..

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

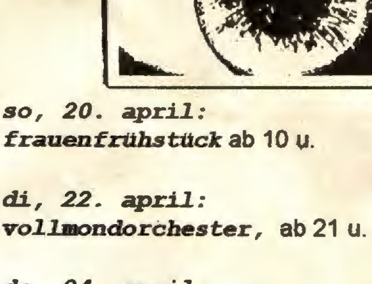


Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



so, 20. april:
frauenfrühstück ab 10 u.

di, 22. april:
vollmondorchester, ab 21 u.

do, 24. april:
tobias gruben - erinnerungsabend
der hamburger sänger tobias gruben ist ende 1996 verstorben. dieser abend soll seinem schaffen ein denkmal setzen. seine früheren formationen *cyan revue*, *die erde*, sowie die aktuelle formation (zum zeitpunkt des todes) werden spielen. außerdem sind noch auftritte von befreundeten und musikalisch verwandten bands zu erwarten. ab 21 u.

fr, 25. april: bow-soul
bow-soul treten erstmals in der flora auf. die nachwuchs-posse legt rapsoul und hiphop auf und hat gelegentliche breakdance-einlagen versprochen (wofür sie im leoncavallo schon heftig geübt haben). ab 21 u.

sa, 26. april:
konzert und party
die volkshochschule hat eine jugendwoche veranstaltet und feiert mit konzert und tanzerei in der flora die abschlußparty. die tore öffnen sich um 21 u.

mi, 30. april:
guts pie earshot
konzert mit *guts pie earshot* (folkpunk). danach tanz in den mai mit punk, hiphop und tanzmusik. ab 21 u.

[4] störtebeker

fr, 11. april: *antifa-solidaritätskonzert für die hetendorf-prozesse.*
die bands standen bei redaktionsschluß noch nicht fest, 21 u.

sa, 26. april: *captain not responsible (oslo) und crisis what crisis.*
nach *drunk* ein erneuter besuch von altgedienten vertretern der stets hochwillkommenen osloer punkposse, 21 u.

sa, 3. mai: *superfan (ffm) und post regiment.*
garagenreicher punk/hc trifft auf wirklich guten hardcore made in polska, 21 u.